

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gepaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 23.

Sonnabend, den 5. Juni 1909.

13. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Erkenntnis. — Die preussische Regierung und die süddeutschen Bauarbeiterkontrollen. I. — Wirtschaftliche Rundschau. Die verärgerte Keramik- und Steinarbeiter-Zeitung. — An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Steinindustrie im Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1908. — Die deutschen Gewerkschaftstabelle im Jahre 1908. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Das Baugewerkschulwesen in Preußen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Sperret sind:** Bielefeld: Firma Hunger. — Tiefen-Stein bei Waldshut: Firma Ischolle. — Jannowitz (Riesengeb.): Firma Baeschle. — Hardheim: Kaisersteinbruch-Aktiengesellschaft. — Droßig: Die Firmen Hesselbart und Rohland. — Regensburg: Edenhoferische Kunststeinsabrik.

**Chemnitz.** Der Streik ist zu unseren Gunsten erledigt. Der Stundenlohn wurde erhöht, einige Positionen des Tarifs ebenfalls. Der Tarif hat bis 1911 Gültigkeit.

**Buchholz-Brandis.** Mit Herrn Preitner wurde ein Tarifvertrag, welcher bis zum 1. April 1910 Gültigkeit hat, abgeschlossen.

**Zwingersberg.** Der Streik bei der Firma Rüh & Reimund ist zu unseren Gunsten erledigt. Die Akkordlohnsätze konnten wesentlich erhöht werden.

**Rüthen (Westf.).** Mit der Firma Coppius wurde ein Vertrag abgeschlossen: Minimalstundenlohn 65 Pfg. und neunstündige Arbeitszeit. So lange kein spezialisierter Akkordtarif nach Flächen und Gliedern vorhanden ist, darf nicht im Akkord gearbeitet werden. Der Vertrag gilt bis 1. Mai 1910. — Da die Firmen Bergenthal und Kreuter sich weigern, einen Tarif abzuschließen, ist Zugang streng fernzuhalten.

**Widemann.** Die Lohnbewegung bei den Harzer Steinbruchwerken ist zu unseren Gunsten erledigt. Die Kollegen zeigten, daß mit dem bewiesenen Solidaritätsgefühl sehr viel erreicht werden kann.

**Niederlamm (Fichtelgebirge).** Die Firma Heinzig ist für Pflastersteinarbeiter wegen enormer Lohnreduktion gesperrt. Die tariflichen Bestimmungen für die Steinmehnen werden ebenfalls schlecht innegehalten.

**Edenkotten.** Im Betriebe Schönemann in Egg stellten am 22. Mai zwanzig Kollegen wegen Lohnreduzierung und Verschlechterung der schon bestehenden Verhältnisse die Arbeit ein. Acht Kollegen sind abgereift. Weitere Abschübe sind in die Wege geleitet.

**Bad Müling.** Das Marmorwerk überreichte uns am 20. Mai eine neue Tarifvorlage. Einigungsverhandlungen sind im Gange. Die vollzogene Absperrung wird der Firma gezeigt haben, daß die Arbeiter deshalb nicht wankelmützig werden. Zugang ist noch streng fernzuhalten.

**Serdeke (Westf.).** Die Mehrzahl der Unternehmer will den Tarif nicht anerkennen. Bei denjenigen Firmen, wo der Tarif nicht anerkannt ist, traten die Kollegen am 22. Mai in den Streik.

**Striegau.** Der Streik dauert unverändert weiter. Die Zahl der Streikenden verringert sich von Tag zu Tag. In den verfloffenen Wochen sind 250 Kollegen abgereift. Weitere Massenabschübe sind in die Wege geleitet. Die Striegauer Meister bieten alles auf, damit sie unseren Kollegen die Geschirrunkosten aufhassen können.

**Sellanger und Rödig.** Die Firmen Nordbairische Steinwerke und Frank & Weidner sind für Pflastersteinrichter wegen Tarifdifferenzen und angekündigter Lohnreduzierung gesperrt.

**Obernörlin.** Der Steinmehmeister Frank, Bad Nauheim, verlangt von den Kollegen, daß sie im wilden Akkord schaffen sollen.

**Unsbach.** Die Steinmehnen und Maurer stehen im Streik. Die Steinmehnen sind in Unsbach beim Maurerverband organisiert.

**Koblenz (Rhein).** Der alte Tarif ist abgelaufen; die Kollegen stehen in Lohnbewegung.

**Leipzig.** Die Sandsteinmehnen sind am 10. Mai in den Streik getreten. Die Innungsmeister wollten an einigen Tarifpositionen Reduzierungen vornehmen. — Etwa 50 Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen, ebensoviel dürften auch abgereift sein.

**Blankenburg.** Nunmehr hat auch die Firma Bed & Sohn kapituliert. Der mit Herrn Schönfeld abgeschlossene Tarif hat auch bei Bed Gültigkeit. Unser Sieg ist ein vollständiger.

**Altona und Ohlsdorf.** In den Grabsteingeschäften wurde der Stundenlohn von 75 auf 80 Pfg. erhöht. Nur einige Firmen haben die Abmachung noch nicht angenommen. Die Zahlstelle Hamburg I wird alles aufbieten, daß in diesen Geschäften die neuen Lohnsätze Anerkennung finden.

**Ritterhude.** Im Hanseatischen Hartsteinwerk stehen die Kollegen, welche im Bauhilfsarbeiter-Verband organisiert sind, im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Haag (Holland).** Wegen Lohnunterschieden ist der Bau des Friedenspalastes gesperrt.

**Oesterreich-Ungarn.** Gesperrt sind: Ofeg, Prag, Neuhäus, Wiener-Neustadt, Triest, Döna, Karanlebes, Temesvár.

**Schweiz.** Gesperrt sind: Wädenswil, Solothurn, Kanton Uri. — In Basel haben die Steinmehnen durch Streik bei der Firma Süddeutsche Granitwerke einen vollen Sieg errungen.

**Bulgarien.** Seit 15. Mai befinden sich in Philippopol 100 Steinarbeiter im Streik. Der Lohn sollte um 40 Prozent reduziert werden.

## Die Erkenntnis.

Der Verband deutscher Steinmehngeschäfte hält am 8. Juni in Frankfurt a. M. seine 24. Hauptversammlung ab. Wahrscheinlich wird diesmal die Beteiligung an derselben eine recht rege sein. Wenn die Unternehmer der Steinindustrie zusammenkommen und in erster Linie berufliche Fragen erörtern, dann ist es ganz natürlich, daß sie sich mit dem Steinarbeiterverband in eingehender Weise beschäftigen. Unser Verband, der die Bundesratsverordnung erzwungen hat, der beinahe 200 Tarifverträge zur Anerkennung bringen konnte, läßt sich nun nicht mehr mit saloppen Redensarten seitens einiger wenig weitsichtiger Unternehmer abtun.

Schon seit Jahren verlangen die organisierten Steinarbeiter für die Sandstein-, Granit- und Marmorindustrie die Schaffung von Normaltarifen. Unsererseits wurden auch dementsprechende Vorstöße bei der Unternehmerverbandsleitung getan. Im Jahre 1900 beantragte unser früherer Geschäftsleiter Kollege Paul Mitschke, daß eine einheitliche Gliederzählung und Flächenberechnung Anerkennung finden möchte, und 7 Jahre später wurde unserseitig das Ersuchen wiederholt, wie aus nachstehendem Schreiben hervorgeht:

Leipzig, 23. November 1907.

In das  
Geschäftsamt des Verbandes deutscher Steinmehngeschäfte  
Berlin,  
Finkstraße Nr. 15.

Zu Händen des Herrn C. Dittmer.

Geehrter Herr!

Bezugnehmend auf die in den Nummern 31 und 32 des Deutschen Steinbildhauers (Jahrgang 1907) veröffentlichte provisorische Vorlage eines Normaltarifs für das Steinmehngewerbe geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, daß sich bei von uns schon länger propagierte Gedanke, wenn auch nicht eines Normaltarifs vorläufig über ganz Deutschland, so aber doch die Einführung von Bezirksstarifen in den Kreisen unserer Arbeitgeber durchsetzt und anfängt feste Gestalt anzunehmen.

Sie wollen es uns nicht als Vorwurf anrechnen, wenn auch wir, als die Leitung des Steinarbeiterverbandes, uns für die Frage lebhaft interessieren, und bringen die von uns Ihrem Verbandstage am 14. und 15. Juni 1900 in Köln vorgelegte Resolution in freundliche Erinnerung.

Auf der Grundlage dieser Resolution, welche wir in vollem Umfange aufrecht erhalten, erscheint uns ein gedeihliches Zusammenwirken in der Steinindustrie möglich.

Wir hoffen darum, daß Sie die Vertretung der dabei in Betracht kommenden Arbeitnehmer bei der Behandlung der Frage nicht ausschalten werden, und sehen einer geneigten Gegenüberung entgegen.

Hochachtungsvoll

J. A. Paul Starke,

Vorsitzender des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Auf diese Anfrage kam folgende Rückäußerung:

Berlin, 27. November 1907.

An den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Herrn Paul Starke.

Leipzig.

Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 23. November. Dasselbe wird bei der nächsten Vorstandssitzung zur Vorlage kommen.

Hochachtungsvoll

Das Geschäftsamt des Verbandes deutscher Steinmehngeschäfte.

C. Dittmer.

Die Unternehmerverbandsleitung hielt es weiter nicht für nötig, an den Zentralverband der Deutschen Steinarbeiter noch eine eingehendere Rückäußerung gelangen zu lassen. Aber unternehmerseits wird doch immer mehr die Notwendigkeit anerkannt, daß die Tarife in ihrer technischen Zusammenfassung und in ihren besonderen Bestimmungen eine größere Einheitlichkeit aufweisen müssen. Und so werden sich diesmal die Herren in Frankfurt sehr eingehend über das Kapitel: Schaffung von Normaltarifen für die drei Hauptberufsgruppen, unterhalten. Die Tagesordnung der Unternehmertagung enthält u. a. folgende nicht unwichtige Punkte:

1. Bericht der Vertrauensmänner und Mitglieder über Arbeiterfragen, Tarifabschlüsse, Arbeitsbedingungen und die geschäftliche Lage.

2. Organisationsplan des Verbandes und Wahl einer fünfgliedrigen Kommission zu seiner Durcharbeitung. (Referent Kommerzienrat Kröner-Kiefernfelden.)

3. Stellungnahme zu den am 31. März 1910 ablaufenden Lohnstarifen.

4. Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Normaltarifs. (Gleichmäßige Glieder- und Flächenberechnung ohne Preisstellen.)

Referenten sind:  
a) für die Marmorindustrie Herr Kommerzienrat Kröner-Kiefernfelden;

b) für die Granitschleiferindustrie Herr Schedler-Schwarzenbach;

c) für Steinbildhauer Herr Watter-Düsseldorf.

Die Figura zeigt, muß bei der Behandlung vorstehender Tagesordnungspunkte immer wieder auf unsern Verband zurückgegriffen werden. Wir könnten auch schreiben, in Frankfurt sollen in den nächsten Tagen unternehmerseits die Minen konstruiert werden, welche im berichtigten Jahre 1910 zur Explosion gebracht werden sollten. Wir wollen damit nicht ausdrücken, daß etwa die Unternehmer „ernstlich“ beabsichtigen wollten, unsern Verband völlig vernichten zu wollen, nein, soweit sie sich füriert, daß dieses Vollbringen ihre Kräfte völlig übersteigen würde. Die Frankfurter Tagung soll nach unserer Meinung ein „Normieren“ bedeuten, wie 1910 den Arbeitern gegenüber operiert werden muß. Das zeigt ja schon der 2. Punkt zur Genüge: Organisationsplan des Verbandes. Wahrscheinlich wird die Erfahrung gelehrt haben, daß der Steinarbeiterverband mit seiner strengen Zentralisation den Unternehmern sehr vorbildlich sein kann. Den Sandsteinindustriellen paßt es ja schon lange nicht, daß die Unternehmer der Granitindustrie eine Organisation für sich geschaffen haben, die mit dem Steinmehmeisterverband eigentlich nur lose zusammenhängt. Aber der Punkt 2 besagt immerhin, daß zum mindesten die Absicht besteht, die Unternehmerorganisationen vom Grunde aus anders umzugestalten. Wahrscheinlich wird der Spitze in Berlin mehr „Ellenbogenfreiheit“ eingeräumt werden.

Im März und April des Jahres 1910 laufen im Baugewerbe (auch unser Beruf ist daran stark interessiert) eine Menge Tarife ab. Zu dieser Frage wird in Frankfurt (siehe Punkt 3) ebenfalls Stellung genommen. Wahrscheinlich haben die Steinmehmeister schon irgend eine Direktive vom Vorstand des Bauarbeitgeberverbandes in der Tasche, um mit diesem einheitlich gegen die Arbeiterorganisationen vorzugehen. Wir schließen diese Mutmaßung daraus, weil uns die Steinmehmeister in Dresden, Pirna und Umgebung die Tarifkündigung für 1910 ins Haus schicken und weil weiter gerade jetzt die Leipziger Innung verlangt, daß der Tarif, um dessen Hochhaltung in all seinen Teilen die Kollegen streiken, falls es zu einer Einigung kommt, bloß auf ein Jahr verlängert werden soll. Kollegen, merkt ihr's, wohin die Reise geht? Die Unternehmer trachten danach, daß die Ablaufstermine der Tarife einheitlich festgelegt werden sollen. Es soll damit erreicht werden, daß die Kräfte der Arbeiterorganisationen auf einem a) zu stark angeknüpft werden, sogar denken die Unternehmer, uns ihren Willen ohne Gnade und Barmherzigkeit aufzuzwingen zu können.

Führte denn nicht am 21. Oktober 1907 Herr Baurat Kelsch, der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, folgendes unter großer Zustimmung seiner Kollegen aus:

„Die Arbeiterorganisationen sollen und müssen wissen, daß der Deutsche Arbeitgeberbund zu einer Macht geworden ist, die sie zu respektieren haben. — Aus den heute zu beschließenden einheitlichen Terminen für Kündigung und Gültigkeit der Verträge sollen die Gewerkschaften erkennen, daß sich im deutschen Baugewerbe ein starker, einheitlicher Wille vorbereitet.“

Die Steinindustriellen, die ja mit den Baugewerbetreibenden in vielen Fällen eng liiert sind, wandeln mit ihren taktischen Maßnahmen dieselben Engpässe. Wir sehen also, daß unsere Unternehmer schon frühzeitig Maßnahmen treffen, um für das nächste Jahr genügend gerüstet zu sein.

Als Steinarbeiter bringen wir besonders dem 4. Punkt ein größeres Interesse entgegen. Die Herren Schedler und Kröner sind im Tarifwesen ohne Zweifel sehr firm. Die beiden Herren haben auch schon öfter verhandlungsweise mit unsern Verbandsfunktionären zu tun gehabt, und zwar bei verschiedenen Tarifbewegungen und Streiks; weiter wird Herr Schedler die Erhaltung gemacht haben, daß der Bezirksstarif des Fichtelgebirges sich besser bewährt, als wie die früheren separaten Tarife der einzelnen Zahlstellen. Zweifellos wird in Frankfurt die Debatte über die Normaltariffrage sehr eingehend gepflogen werden. Die Herren Kerber und Adler werden wahrscheinlich über den Bezirksstarif des Bayerischen Waldes reden; nachdem sie sich aber eifrig an den vorjährigen Abschlusshandlungen beteiligt haben, darf ohne weiteres angenommen werden, daß sie ebenfalls für die Schaffung von Normaltarifen sind. Anders werden selbstredend die Meister aus dem Muschelkalkgebiet reden, soweit sie in Herrn Bette ihren Führer erblicken. Dieser Mann kann es immer noch nicht begreifen, daß der Arbeiter sich die Freiheit erlaubt, vom Koalitionsrechte Gebrauch zu machen. Auch Herr Burre aus Maulbronn will von Tarifabschlüssen nichts wissen. Man wird aber seinen Gedanken keinen Wert beimessen können, denn in Sternfels, Dordingen, Kirnbach, Sulzfeld usw., also in seinem Nachbargebiet, wurde in den letzten Wochen Tarif um Tarif abgeschlossen. Selbst der unbegleimte Herr Treutle-Sulzfeld mußte anerkennen, daß es doch besser ist, mit den Arbeitern eine Verständigung herbeizuführen, als daß immer das Gespenst der ewigen Lohnbewegung rumort. Es hat sich ja herausgestellt, daß diese Taktik die Unternehmer am wenigsten vertragen können.

Die Herren Berichterstatter werden in Frankfurt zweifellos für Normaltarife in den drei Hauptbranchen sprechen, das diktiert ihnen sicherlich ihre kommerzielle Erfahrung, ob aber die anderen Herren im Chorus solchen Vorschlägen ausganglos sind, möchten wir bezweifeln. Sicherlich wird sich Herr Dittmer-Berlin als Gegner entpuppen, denn er verstand es ja seinerzeit sehr geschickt, Volzen um Volzen abzuschließen, daß im Muschelkalkgebiet ein Bezirksstarif nicht durchgeführt werden konnte. Sollte dieser Herr heute eine andere Meinung haben? Dann machen wir uns Vergebung. — Aber das Rad ist ins Rollen gebracht und je mehr unser Verband in den entlegenen Zahlstellen Tarife erringt, desto eher bricht sich in der Unternehmerrchaft auch die Erkenntnis Bahn: „ohne Normaltarif für die einzelne Branche geht es nicht mehr“.

Wir halten es vollständig für richtig, daß in Frankfurt mehr der technische Aufbau besprochen wird, denn auch die Praktiker in unserm Verband wissen, daß es das Pferd beim Schwanz fassen hieße, wenn gleich die Lohnfrage mit verquidelt werden sollte. Wird in unser Tarifwesen Einheitlichkeit gebracht, neben den technischen Bestimmungen haben wir auch die

sozialen im Auge, dann kann auch später die Lohnfrage erörtert werden. Aber letzteres Ziel liegt noch in weiter Ferne. Es kommen Hunderte von Steinorten bei der Bearbeitung in Frage; die Unternehmer haben noch selbst viel zu tun, um den Ausschüssen der Schmuckkonturrenz nur einigermaßen die Flügel beschneiden zu können, und weiter ist der Steinmetzmeisterverband doch noch nicht so gefügt, um auf sämtliche Meister einen dementsprechenden Druck ausüben zu können. — Bisher konnten wir ja überhaupt bei verschiedenen Aktionen bemerken, daß auf die Berliner Direktiven sehr wenig Wert gelegt wurde. Uns kann das ja nur recht sein. Nach Punkt 2 soll aber das sicherlich geändert werden.

Aber eine wichtige Frage möchten wir noch ansprechen! Wie denken sich die Herren Meister die Ausarbeitung der schwierigen Tarife? Meinen sie vielleicht, daß die organisierten Steinarbeiter die Vorlagen dann in Bausch und Bogen schluden werden? Das müssen die Herren ohne weiteres wissen, unsre gewaltigen, mit vielem Erfolg geführten Lohnkämpfe sind dafür Beweis, daß unerseits solche Einheitstarife nur dann akzeptiert werden können, wenn auch den Wünschen der Kollegenschaft Rechnung getragen würde. Es wird deshalb gut sein, wenn die Unternehmerverbandsleitung den Standpunkt des Ignorierens des Steinarbeiterverbandes verläßt. Aber gerade Herr Dittmer als Vorsitzender hat bisher unter allen Umständen in Berlin bei den Lohnbewegungen versucht, die Verbandsfunktionäre auszuschalten. Wenn Herr Dittmer diese Methode auch mit der Einführung des Einheitstarifes belieben sollte, dann wird dieses starre Festhalten an einer längst überlebten Formel sicherlich nicht zum Vorteil für die Steinindustrie sein. Einige Heißsporne werden zwar Beifall klatschen, aber wir hoffen, daß die nüchtern denkenden Herren zur Einsicht kommen, schon beim technischen Aufbau der Normaltarife eine Verständigung mit den organisierten Steinarbeitern herbeizuführen.

Auch sollen die Herren Referenten nicht vergessen, die Frage zu ventilieren, wie eventuelle Tariffreiheiten zu regeln sind. Es muß von den Arbeitern verlangt werden, daß Schiedsgerichte für größere Bezirke geschaffen werden. Wir wollen eine Detailmalerei unterlassen, aber zweifellos ist die Schiedsgerichtsfrage für die Tarifgemeinschaft von eminenter Bedeutung. Wir haben es zum Beispiel in Striegau wieder gesehen, daß die Unternehmer mit allen Feinheiten den Versuch machten, bei tariflichen Streitigkeiten die besoldeten Verbandsfunktionäre auszuschalten. Daß angesichts eines solchen Gebahrens unter die Arbeiterschaft eine große Erbitterung getragen wird, ist ohne weiteres klar.

Nun, wir werden sehen, inwieweit in Frankfurt die Herren Unternehmer ganze Arbeit zu leisten imstande sind. Zweifellos wird die dortige Tagung die nötige Klarheit bringen, ob die Unternehmer Normaltarife wollen oder nicht. Wir meinen aber auch, die Steinindustriellen sind aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, diese Frage bejahend zu beantworten. Das Argument: „Mit dem Steinarbeiterverbande wollen wir nichts zu tun haben“, kann der rückständigste Unternehmer nicht mehr als „zugkräftig“ in die Debatte werfen.

Der Einheitstarif ist im Baugewerbe schon teilweise durchgeführt, die Schneider und Maler haben ebenfalls solche Tarifgemeinschaften in den letzten zwei Jahren geschaffen, im ganzen graphischen Gewerbe besteht mit den Prinzipalen eine dementsprechende Abmachung und auch in der Steinindustrie wird der Gedanke: „Schaffung eines Normaltarifs“ immer mehr Anhänger gewinnen.

## Die preußische Regierung und die süddeutschen Bauarbeiterkontrollleure.

### I.

Daß Arbeiterschutzgesetze, welche nicht durchgeführt werden, nicht die Druderschwärze wert sind, die hierzu verwendet wurde, davon sind die zünftlerischen Unternehmer im Baugewerbe, wie die bergbaulichen Großkapitalisten und die preußische Regierung gleich den Arbeitern überzeugt. In der kapitalistischen Gesellschaft werden sich deshalb bei dem Kampf um den Arbeiterschutz zwei Perioden des Kampfes unterscheiden lassen: 1. Die Erringung der Schutzgesetze selbst und 2. die Durchführung der vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen. Bei der naturgemäß vorherrschenden Liebe der Regierungen für den Interessenschutz der Unternehmer darf keinesfalls angenommen werden, daß man sich bemüht, diese Materie einheitlich gesetzlich zu regeln. Im Gegenteil. Die Geschichte des Arbeiterschutzes für den Bergbau und das Baugewerbe zeigt, wie die Regierungen verstehen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter jahrelang durch inhaltslose Zusagen zu verschleppen. Wenn man aber dennoch dem nicht mehr ausweichen kann und sich dazu verstehen muß, einige Konzeptionen zuzubilligen, dann machen wir die Wahrnehmung, wie die landesväterlichen Regierungen im Bunde mit den Unternehmervertretern durch Handhabung von hohlen Argumenten die Ausführung ihrer eigenen Schutzverordnungen zu hintertreiben suchen. Dieses eifrige Bemühen der arbeiterschutzeindlichen Elemente zeigt bei allem Ernst der Sache doch Momentbilder von recht interessanter und auch tragikomischer Wirkung.

Einmal im Jahre wird durchweg im preußischen Abgeordnetenhaus über Bauarbeiterchutz geredet oder verhandelt. In den letzten Jahren wurde diese Sache durch die Freisinnigen mit der Unterstützung des Zentrums wahrgenommen. Durch den Eintritt der Sozialdemokratie in das Dreiklassenparlament ist diesmal am 17. März d. J. die Regierung durch den Antrag unsrer Genossen zu einer Stellungnahme zu der Frage der behördlichen Baubeaufsichtigung gedrängt worden. Ungeachtet eines Antrages der Zentrumspartei stand im Vordergrund der Beratung der Antrag von Borgmann und Genossen, welcher forderte:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeiterchutzes vorzulegen, der insbesondere die Anstellung von Baukontrollleuren aus der Arbeiterklasse vorsieht.

Bei den bestehenden Zuständen in Preußen konnte die Begründung dieses Antrages dem sozialdemokratischen Abgeordneten Keiner nicht allzu schwer fallen. Der landesgesetzliche Bauarbeiterchutz in Preußen wurde bisher ministeriell auf dem Wege von Runderlassen an die Regierungspräsidenten und durch Anweisungen an die Staatsanwälte geregelt. Sowie davon öffentlich bekannt geworden ist, wissen wir, daß außer dem stützsanitären Schutz über Neubauten, Aborte, Dichtung der Winterbauten usw., durch die Runderlasse an die Regierungspräsidenten vom 7. Juli 1899 und 17. Juli 1907 auch für den technischen Schutz gegen Unfälle die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften landesgesetzlich maßgebend sind; das heißt: diese Vorschriften sind behördlicherseits zum Anhalt zu nehmen.

In Preußen besteht demnach eine äußerst enge Verquickung der Bauberufsgenossenschaften mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz. Dieser Zusammenhang der Dinge hat selbstverständlich seine Ursache. In Verbindung mit den Junkerkonservativen hat es die Feilschgruppe verstanden, sich einen weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung des Arbeiterschutzes im Baugewerbe Preußens zu sichern. Zu alledem kommt, daß die Bauarbeiter bei der Junkerpartei, wo die Zünftler ihren berechtigten Unterschlupf gefunden haben, nicht gerade gut angefahren stehen. Die Bauarbeiterschaft gehört nicht zu den Berufsgruppen, die in stiller Selbstzufriedenheit vor den Junkern eine Reverenz machen oder gar eine Gefolgschaft leisten. Die respektlose Unbotmäßigkeit dieser streiklustigen Elemente hat die Junkerclique oft bis auf ihre steilen Herrenfüße zu spüren bekommen. In den ländlichen Distrikten sind die Proletarier des Baugewerbes die Pioniere der Arbeiterbewegung. Sie sind es, die in nicht geringer Zahl sich mit Ausdauer der Aufgabe unterziehen, die

Sohnsplanen der agrarischen Ausbeuter mit den Ideen des Sozialismus bekannt zu machen. Der Haß der konservativen Partei gegen die Bauarbeiterschaft ist deshalb zu begreifen, und so wurde der Antrag von Borgmann und Genossen mit der Unterstützung der Nationalliberalen abgelehnt. Diesem ablehnenden Beschluß des Abgeordnetenhauses ging eine längere Begründung der gegnerischen Parteien und des Herrn Ministers v. Breitenbach voraus. Von Interesse ist hierbei, wie der Reformminister der öffentlichen Arbeiten seine und die Stellungnahme der reaktionären Parteien zu rechtfertigen versuchte. Eine Beachtung verdienen deshalb diese ministeriellen Ausführungen nicht allein für Preußen, sondern im Zusammenhang zu den Forderungen des Reichsbauarbeiterchutzgesetzes betrachtet, von der Bauarbeiterschaft in Deutschland überhaupt. Der Minister führte im wesentlichen aus:

„In materiellen Vorschriften für den Bauarbeiterchutz kommen an erster Stelle die mehrfach erörterten Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerksberufsgenossenschaften in Frage. Diese beruhen auf reichsgesetzlicher Grundlage, gelten für das Reich, für Stadt und Land. Sie sind, soweit sie für Preußen in Betracht kommen, noch jüngst in meinem Ministerium im Einvernehmen mit der Zentralbehörde des Reiches, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wohl die umfassendsten Kenntnisse sammelt, dem Reichsversicherungsamt, einer grundlegenden Revision unterworfen worden. (...) Es ist nun zweifellos richtig, daß auch die trefflichsten Bestimmungen, die sorgsamsten Vorschriften, ganz den Bedürfnissen angepaßt, nicht wirken, wenn sie nicht einer dauernden Kontrolle unterliegen. Eine solche Kontrolle erfolgt durch die Organe der Baugewerksberufsgenossenschaften, durch die hier erwähnten technischen Aufsichtsbeamten. Deren gibt es in den für Preußen in Betracht kommenden nicht 49, sondern 89, und man kann zugeben, es wäre erwünscht, wenn die Zahl dieser technischen Aufsichtsbeamten noch vermehrt würde.

Die Kontrolle erfolgt weiter in allen Städten mit regerer Bautätigkeit, einmal durch höhere Baubeamte, ferner aber durch mittlere technische Beamte, die für diesen Zweck ausschließlich angestellt sind, keine andre Aufgabe kennen und besonders vorgebildet werden, nämlich Baufreier und Bauassistenten. ... Dann haben wir zur Kontrolle besonders ausgebildete Schutzleute. In erster Linie ist die Erwägung maßgebend, daß der Arbeiter als Kontrolleur nicht geeignet ist, mangels genügender technischer Vorbildung. Es wird ferner besorgt, daß der soziale Frieden weiter gefährdet werden und der Gegenstand im Baugewerbe noch verschärft werden würde, insbesondere wenn die Arbeiterkontrollleure aus den Wahlen der Arbeiter hervorgingen. Es würde sich hieraus eine Verschiebung des Gleichgewichts zugunsten der Arbeitgeber vollziehen. Die Staatsregierung ist von jeher bemüht gewesen, dieser Verschiebung des Gleichgewichts entgegenzutreten. (...) Endlich aber sehen wir mit Sicherheit voraus, daß sich die Sozialdemokratie die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, diese Kontrollleure ausschließlich als ihre Organe zu betrachten. — Nun ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß in Süddeutschland Arbeiterkontrollleure angestellt worden sind, insbesondere in Bayern, das auf diesem Gebiete einen Erfolg zu verzeichnen habe; das kann aber die preußische Regierung nicht bestimmen, ihre Stellungnahme zu ändern. Ich weise zunächst darauf hin, daß die Arbeiterkontrollleure in Bayern nicht etwa aus den Wahlen der Arbeitnehmer hervorgehen, daß sie vielmehr gleichmäßig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Gemeindebehörden präsentiert werden und, nachdem sie bestellt sind, tatsächlich Angestellte der Gemeinden werden. In Süddeutschland ist ferner der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern keinesfalls ein so scharfer wie in Norddeutschland. (...) Was nun die Erfolge der Einstellung von Arbeiterkontrollleuren in Süddeutschland betrifft, so kann man aus der Statistik keinesfalls den Schluß ziehen, daß diese besonders günstige gewesen sind. Ich will meinerseits zugeben, daß die Erfahrungen noch nicht völlig abgeschlossen sind. Die Zahlen, die mir aber vorliegen, sprechen zunächst für das Gegenteil. Es liegt für neun Baugewerksberufsgenossenschaften in Preußen die Statistik der Unfälle vor, die den Tod oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, berechnet auf 100 000 Arbeiter. Daraus ergibt sich, daß 1902 in Preußen 85 Arbeiter, im Jahre 1907 74,2 tödlich oder tödlich verunglückt waren, dagegen in Bayern im Jahre 1902 116, im Jahre 1907 111. Die Gesamtgegenüberstellung aller Unfälle im Baugewerbe ergibt auf 100 000 Arbeiter im Jahre 1907 für Preußen 757, für Bayern 119. — Aus allen diesen Gründen kann ich nicht in Aussicht stellen, daß dem Antrage eine weitere Folge gegeben werden kann.“

Nach diesem wesentlichen Inhalt der Rede des Herrn Ministers v. Breitenbach bleibt in Preußen alles beim alten. Die Frauenarbeit bei Tief- und Hochbauten und bei Abbrüchen und in Schlessen, Posen, Ost- und Westpreußen usw. bleibt bestehen und das platte Land wird weiter vor Bauarbeiterchutz gespart werden. Das Ministerium ist nicht gewillt, allgemeine Schutznormen für die Unfallverhütung festzusetzen, um den Vorbildern zu folgen, wie sie durch die bayrische, württembergische, badische, bremische, hamburgische, lübeckische usw. Regierung gegeben sind. In Preußen bleibt das Unternehmertum Trumpf. Die Bauberufsgenossenschaften werden nach wie vor bestimmen, wieviel Schutz gegen Unfälle den Arbeitern vorschrittlich zukommt. Aber jedenfalls neu ist für die Bauarbeiterschaft, daß das Reichsversicherungsamt mit seinen „umfassenden Kenntnissen des Arbeiterschutzes“ der preußischen Regierung so überaus beratend zur Seite steht. Demnach darf auch gewiß angenommen werden, daß der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten auch davon unterrichtet ist, daß die Nordöstliche Bauberufsgenossenschaft den eigentlich technischen Teil der Unfallverhütung, ihrer Unfallverhütungsvorschriften (Teil A), überhaupt nicht zum Anhalt bei den Baubetriebsstätten beziehungsweise nicht zur Kenntnisnahme der Versicherten bringt. — Wenn die Nordöstliche so vorgehen kann, nun, dann ist zu erwarten, daß die Schlesisch-Posensche Bauberufsgenossenschaft — die aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit ihre veralteten Unfallverhütungsvorschriften einer Rektierung unterziehen wird — ebenso handelt. Ob die Bauberufsgenossenschaften in Preußen zu einer derartigen Vergewaltigung des Arbeiterschutzes den ministeriellen Segen erhalten haben, ist nicht gewiß. Für die Regierung kann dieser Vorgang insofern nicht gleichgültig sein, weil die in Frage kommenden Bauberufsgenossenschaften diese Art Arbeiterschutz als Profitschutz der Unternehmer auch bei den behördlichen Bauten zur Geltung kommen lassen werden. Die Unternehmer sparen dabei Gerüstmaterial und die Kosten für den Bau von zuverlässigen Gerüsten. Wenn schließlich diese Unfallverhütungsvorschriften jete Wirkung versagen, nun, dann liegt die Schuld zum Teil an der „unvermeidlichen Betriebsgefahr“ oder an der „höheren Gewalt“ oder, wenn nicht alle Stränge reißen, an der „todesmutigen Gefahrenverachtung“ der Arbeiter.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Konjunkturschwankungen. — Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. — Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Die Richtung der Konjunkturkurve.

Wenn es Aufgabe der wirtschaftlichen Berichterstattung ist, die Vorgänge und Zustandsveränderungen in der Warenherstellung, auf dem Arbeits-, Geld- und Warenmarkt, sowie auf dem Gebiete des Konsums festzuhalten und in ihrer Wirkung auf den gesamten wirtschaftlichen Organismus zu würdigen, so dürfen in der Arbeiterpresse vor allem die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen werden. Denn gerade sie sind für die gewerkschaftliche Aktion von besonders hervorragender Bedeutung. Es ist nicht nur zwecklos, sondern schädlich, Veränderungen, die nun einmal eingetreten sind, nicht zu be-

achten oder sie gar bestreiten zu wollen. Es ist vom Standpunkte des Arbeiters als des Verkäufers der Ware Arbeitskraft auch falsch, die Lage des Arbeitsmarktes gewissermaßen um jeden Preis trübe zu schildern: keine Ware gewinnt auf dem Markte an Wert, wenn ihre Verkäufer den Schwankungen der Konjunktur mit fatalistischer Reserve gegenüberstehen. Die Arbeiter haben nicht das geringste Interesse daran, daß die Zeichen der Erholung, wie sie sich seit einiger Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete zeigen, übersehen werden, sondern sie wollen möglichst frühzeitig auf sie hingewiesen werden. Das schließt eine nüchterne Kritik der Symptome der Besserung keineswegs aus.

Der Monat April hat eine sichtlich Erholung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebracht. Die Feststellung dieser Wendung mag vielleicht auf den ersten Blick überraschen, aber das ist kein Grund, die Wendung einfach zu ignorieren. Die Wendung ist so wichtig für die Arbeiterschaft, daß sie nicht ernsthaft genug erörtert werden kann. Um die Bedeutung der im April auf dem Arbeitsmarkt eingetretenen Wendung zu ermessen, ist ein Rückblick auf den Arbeitsmarkt von dem Zeitpunkt ab, zu dem der gewerbliche Rückgang sich auf ihm äußerte, angezeigt. Zum erstenmal ging im Juni 1907 der Andrang über das Niveau des Vorjahres hinaus. Und zwar stellte sich der Mehrandrang auf je 100 offene Stellen nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ bis Dezember 1907, wie folgt

Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
1,43	9,81	8,60	9,72	14,14	24,60	43,69

Während des Jahres 1908 schwankte der Mehrandrang zwischen 35,87 im Juni und 68,74 im Dezember. Nun kommt das Jahr 1909. Hier brachten die bisher verfloffenen Monate folgenden Mehrandrang:

Januar	Februar	März	April
36,36	45,50	27,39	7,1

Bis Februar einschließlich war der Mehrandrang noch äußerst stark. Im März setzte dann eine deutliche Abnahme ein, der Mehrandrang war wenigstens wieder niedriger als je in einem Monat seit Dezember 1907. Doch war diese Verminderung noch lange nicht so in die Augen fallend, wie die des Monats April, in welchem der Mehrandrang gegenüber dem Vorjahre bis auf 7,1 Arbeitsjüngende pro 100 offene Stellen zurückgegangen ist. Dieses scharfe Nachlassen des Ueberangebots ist um so bemerkenswerter, als im April ein gut Teil des alljährlichen Neuangebots auf den Arbeitsmarkt zu fließen pflegt. Auch im laufenden Jahre war dies der Fall. Die Menge der Arbeitsjüngenden hat daher auch im April 1909 kräftig zugenommen.

Daß trotzdem eine so sichtliche Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist, ist auf eine allgemeine Besserung des Beschäftigungsgrades zurückzuführen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist ungewöhnlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen, die Einstellungen sind in einem Grade erfolgt, daß trotz der Zunahme des Angebots die starke Abnahme des Mehrandrangs erfolgen konnte. Neben der Landwirtschaft, die Scharen freier Arbeitskräfte absorbierte, war es vor allem die ausgedehnte Wiederaufnahme der Bautätigkeit, die einem Heer Arbeitsloser und Arbeitsjüngender wieder Arbeitsgelegenheit bot. Weiter hat sich die Beschäftigtenziffer schon recht nennenswert im Textil- und Bekleidungsgerber, im Holzgerber usw. gesteigert. Gegenüber diesen Steigerungen kann die Fortdauer oder gar noch Verschärfung der ungünstigen Lage im Kohlenbergbau, sowie im Eisen- und Metallgerber, sowie in der Maschinenindustrie nicht so sehr ins Gewicht fallen, um die Gesamtverbesserung abzuwächen zu können. Im Kohlenbergbau nimmt allerdings die Arbeitsgelegenheit noch immer ab, während im Eisengerber und den weiterverarbeitenden Industriezweigen die Lage wenigstens noch ziemlich ungeklärt ist.

Wenn wir von einer sichtlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkt reden, so ist damit schon gesagt, daß die gegenwärtige Lage noch keineswegs irgendwie befriedigend ist. Sie ist vielmehr absolut betrachtet noch immer recht ungünstig. Aber es ist ein Unterschied, ob die Ungunst in der Zu- oder in der Abnahme begriffen ist, oder ob ihr Grad stabil bleibt. Die Ungunst geht zurück und trotzdem wird das Jahr 1909 noch unter dem Druck eines sehr erheblichen Ueberangebots stehen. Denn es ist nicht zu übersehen, daß das ganze Jahr 1908 hindurch die Beschäftigtenziffer einen Stand zeigte, der fast das gesamte Neuangebot auf dem Arbeitsmarkt in die Kategorie der Arbeitslosigkeit auch wieder kräftig zunimmt, so wird es doch noch recht lange dauern, bis das Neuangebot aus den Jahren 1908 und 1909 von der Nachfrage aufgenommen sein wird. Trotz der Erholung werden Rückschläge nicht ausbleiben. Die Signatur der Marktlage kann also durch die Formel ausgedrückt werden: steigende Nachfrage bei starkem Ueberangebot.

An den Börsen, vornehmlich an der Berliner Börse, merken die Gründe der Besserung im Wirtschaftsleben in den neuerlichen starken Anregungen aus Amerika gesucht. Diese Annahme ist durchaus oberflächlich. Es fällt allerdings auf, daß das Wiederaufblühen von Handel und Wandel in den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland auf den ersten Blick zeitlich zusammenfällt. Es fehlt auch nicht an gemeinsamen Ursachen der Erholung, die namentlich auf dem Gebiete des internationalen Geldmarktes zu finden sind. Bei uns in Deutschland geben die ersten Anzeichen einer Erholung bis in den September 1908 zurück, während sie für die Vereinigten Staaten, soweit dies auf Grund des bisher bekannten Materials zu beurteilen ist, erst viel später zu beobachten waren. Ja, bis vor kurzem waren die Stimmungsberichte aus den Vereinigten Staaten noch schwarz in schwarz gehalten, während sie jetzt nicht hell und licht genug aufgeputzt werden können. Da aber gerade die amerikanischen Stimmungsberichte in besonders hohem Maße die Meinung der die Börse beherrschenden Kreise widerspiegeln, so sind sie nicht im geringsten geeignet, die tatsächliche Entwicklung der Konjunktur wiederzugeben. Nur soviel kann unter Berücksichtigung einiger statistischen Materials behauptet werden, daß auch in den Vereinigten Staaten eine Wiederbelebung auf wirtschaftlichem Gebiete eingesetzt hat. Als feststehend kann die Zunahme der Bautätigkeit in den Städten, die Ausdehnung der sehr stark zurückgegangenen Rohstoffgewinnung, die Hebung des gesamten Güterverkehrs und die Steigerung der Umsätze im Handel bezeichnet werden. Soweit schon für die Monate des laufenden Jahres Nachrichten über den Arbeitsmarkt vorliegen, geht aus ihnen eine allmähliche Verringerung des Ueberangebots hervor. Doch ist bei der unentwickelten Arbeitsmarkt-Berichterstattung über den Grad dieser Verringerung noch nichts zu sagen.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Großbritannien, so fehlt es zwar auch hier nicht an deutlichen Symptomen der Erholung, aber bei der großen Abhängigkeit Großbritanniens vom Weltmarkt setzt sich die Besserung weit langsamer und schwächer durch als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Auf dem Weltmarkt herrscht noch immer bei scharfem Wettbewerb eine mäßige Nachfrage. Die Ausfuhr Großbritanniens bleibt nach wie vor stark gedrückt. Die Belebung des Inlandsmarktes reicht aber nicht aus, um das britische Geschäftsleben entsprechend zu beeinflussen. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die Zeiten der schwersten Stagnation auch in Großbritannien vorüber sind. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Wendung in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit, namentlich unter den gelernten Arbeitern.

Uebereinstimmend ergibt sich für die drei führenden Industrieländer eine Frühjahrserholung, die graduell zwar sehr verschieden, doch stark genug ist, um behaupten zu können, daß die Konjunkturkurve sich wieder nach aufwärts bewegt, daß der auf dem Arbeitsmarkt bisher lastende Druck nachzulassen beginnt. Bleibt man freilich an Einzelheiten hängen und verallgemeinert jede ungünstige Nachricht, die der Alltag bringt, ohne alle Rücksicht, wie der einzelne Fall sich in das Gesamtbild einzureihen

har, so wird man nie zu einer systematischen Diagnose der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen, sowie des Arbeitsmarktes im besonderen gelangen, sondern genau nach dem Vorbild der Handelspresse den einzelnen Vorgang als typisch nehmen. Privatkapitalistisch ist diese Art der Berichterstattung durchaus berechtigt, aber volkswirtschaftlich hat sie die bedenklichsten Schattenseiten. Geradezu aber schädlich ist diese überkommene Berichterstattung vom Standpunkte einer gewissenhaften Arbeitsmarktvollzeit.

Berlin, Ende Mai 1909. Rich. Calwer.

## Die verärgerte „Keram- und Steinarbeiter-Zeitung“.

Der Bericht im „Steinarbeiter“ über die Agitationstour durch den Regensburger Gau paßt der „Keramarbeiterzeitung“ nun gar nicht. Besonders die Stelle wird moniert: „In acht Versammlungen wurde das Referat abgebrochen, weil das Abendgebetläuten vollzogen wurde.“ Und nun schimpft das christliche Blättchen ganz gewaltig auf den Kollegen A. St., der die Agitationsversammlungen abhielt. Die Schimpferei des Konfusionschulzen K oder J kann uns natürlich nicht aufregen; wenn er aber für die christliche Gewerkschaftsbewegung recht intensiv tätig sein wollte, dann wäre es ihm ja freigestanden, wenn er die Versammlungen selbst besucht hätte. Aber K oder J ließ sich nicht sehen, und ein anderer christlicher Sekretär war an zwei Orten, wo unser Referent sprach, anwesend; aber er wählte den besseren Teil der Tapferkeit, indem er nicht den Mut hatte, in unseren Versammlungen zu erscheinen. Das kommt uns nun gerade so vor, als wenn sich ein abgestrafter rober Mensch hinter eine hohe Mauer flüchtet und dann beständig die Zunge herausschlägt. — Daß der „rote“ Verband in der Oberpfalz und Niederbayern so gute Zahlstellen besitzt, das wurmt die Schwarzen gar arg, denn das Blättl schreibt:

Es wäre geradezu ein Frevel an unsrer eignen Sache, wenn wir den Genossen jene Gebiete allein überlassen würden. Auf der ganzen Linie muß die Aufklärungsarbeit über den Charakter und die wahren Ziele der sozialdemokratischen Gewerkschaften, besonders aber des Steinarbeiterverbands eingeleitet werden. Sage man diesen Leuten, daß der Genosse A. Staudinger mit ihnen ein ganz frivoles Spiel getrieben hat, daß dieser Mann ein ausgeprägter Sozialist ist, der die Wahrheit nicht gesagt, oder sie absichtlich verschwiegen hat.

Daß der „Keramarbeiter“ ebenso dummdreist den Kampf gegen unsern Verband aufnimmt, wie es seinerzeit Hannes Wolf in der „Gewerkschaftsstimme“ tat, nimmt uns nicht mehr wunder. Wer denkt, diese Leute könnten ein Ringen mit geistigen Waffen führen, der muß recht leichtgläubig veranlaßt sein. — Aus jeder Zeile spricht doch der Reidhammel heraus, daß sogar in den christlichen Gegenden das Banner des Steinarbeiterverbands flattert. Unser Kollege A. St. hat in seiner Versammlung einen Behl daraus gemacht, daß er Sozialdemokrat sei, aber nicht ein einziger Versammlungsbesucher hat an dieser Parteizugehörigkeit Anstoß genommen. Unser Kollege erklärte ausdrücklich, daß es ihm schnuppe sei, ob die Versammlungsbesucher dem Zentrum, dem Bauernbund, der Sozialdemokratie oder der liberalen Partei angehörten. — Wir bezweifeln, ob die christlichen Sekretäre die Ehrlichkeit haben, zu erklären: „Wir sind waischechte Zentrumsjünglinge.“

Allerdings lag es in der Natur der Sache, daß A. St. in seinen Referaten die Tendenzen der Zentrumsgewerkschaften ins richtige Licht setzte. Nirgends war Widerspruch zu entdecken, trotzdem sich in Blaubeurg, Hauzenberg und Metten christliche Vorstandsmitglieder in ten Versammlungen eingeschlichen hatten. Hat denn die „Keramarbeiterzeitung“ so wenig Vertrauen in ihren Referenten, daß diese nicht einwandlos die christlichen Gewerkschaftsgedanken in unsern Versammlungen darlegen können. — Selbst sind die Kollegen im „Steinarbeiterverband“ aufgeklärt, daß sie jederzeit die schwarzen Apostel in ihren Versammlungen aus dem Sattel heben können.

Hätte Kollege A. St. seine Referate während des Gebetläutens — nicht unterbrochen, dann würde die „Keramarbeiterzeitung“ geschrieben haben: „Der Referent hat die religiösen Gefühle der Steinarbeiter gründlich verletzt.“ — Weil er aber auf diese Gefühle Rücksicht nahm, kommt man jetzt in verlebener Weise und sagt: „Der Referent hat Heuchelei getrieben.“

Bei einer andern Gelegenheit trieben ja die christlichen Gewerkschaftsjournalisten dasselbe traurige Verleumdungsspiel. Als im Februar d. i. e. s. Jahres in Berlin eine große Bergarbeiterkonferenz tagte, da wurden am 2. Februar (Maria Lichtmess) die Verhandlungen erst zu Mittag angefangen, damit die Katholiken den Gottesdienst besuchen konnten. Da sich aber der Christliche Bergarbeiterverband absichtlich an der Konferenz nicht beteiligte, so schrieb nun sofort die schwarze Presse, die ganze Tagung ist sozialistische Wache, aber aus Scheinheiligkeit wurden die Verhandlungen für später angelegt, damit die Katholiken ihren religiösen Verpflichtungen nachkommen können. Wäre der vernünftige Beschluß nicht — gefaßt worden, dann hätten sie wiederum geschrieben: „Ihr verletzt das religiöse Gefühl der Katholiken.“

Daß wir es den Christlichen niemals recht machen können, wissen wir ohne weiteres, überdies ist uns das Geschwätz dieser Herren ganz gleichgültig. — Sie gebärden sich mit ihren Zwergeorganisationen so, als würden sie über die ganze deutsche Arbeiterbewegung verfügen. Und wer jene Gewerkschaftsbewegung genauer betrachtet, wird finden, daß ihnen nur eine ganz übertriebene Heilamesucht dazu verhelfen kann, daß weitere Kreise von der Existenz der Christlichen unterrichtet sind. Wie überdies die Einigkeit im christlich-katholischen Lager beschaffen ist, geht aus folgenden zwei Neuherungen recht deutlich hervor. Im Jahre 1900 erließen die — preussischen Bischöfe ein Rundschreiben an die Geistlichkeit, in welchem es heißt:

Diese Fachabteilungen in den Arbeitervereinen werden in ihrer allgemeinen Verbreitung zugleich den Beweis liefern, daß es keiner religiös neutralen Schöpfung bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern.

Mit andern Worten, die preussischen Bischöfe gaben damals unzweideutig zu, daß nur die katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin) existenzberechtigt seien. Die Fachabteilungsagitatoren gingen mit dem Bischofsrundschreiben in allen deutschen Bundesstaaten mächtig haufieren und der Tanz mit den christlichen Zentrumsgewerkschaften begann. Heute plagen die Geister noch mächtig aufeinander, und im „christlichen Zentralblatt Nr. 10, Jahrgang 1909, heißt es:

Es ist stets ein großer Volksbetrug gewesen, wenn die (katholische) Fachabteilungsrichtung es so darstellte, als seien die christlichen Gewerkschaften unvereinbar mit der kirchlichen Autorität und der katholischen Sittenlehre. Dieses Märchen ist nun gründlich zerföhrt.

Das ist ein sauberes Christentum, wenn der einen Partei vorgeworfen werden kann, sie treibe großen Volksbetrug. Wahrscheinlich lesen wir nun bald in der katholischen Fachabteilungspressen, daß in den christlichen Gewerkschaften noch größerer Volksbetrug betrieben wird. Unmöglich wäre eine solche Schlussfolgerung nicht.

Den Scribifax, der den Artikel im „Keramarbeiter“ verfaßt hat und meinte, unser Kollege A. St. hätte in seiner Versammlung mit seiner „innerlichen“ Ueberzeugung zurückgehalten, erklären wir für einen bewußten Verleumder. Aber weil das Blättl vor Mut geistert und schäumt, schon daraus ist zu ersehen, daß eine große Betrübnis vorhanden ist, weil unser Verband

in den katholischen Gegenden so glänzende Fortschritte gemacht hat.

In Hauzenberg hatte vor Jahren der christliche Verband etwa 300 Mitglieder, heute sind noch etliche Dutzende davon vorhanden; die Steinverarbeitungs-gesellschaft in Fürstzell, eine christliche Gründung, sie ging krach, die christlichen Zahlstellen Metten und Blaubeurg haben überhaupt keine Bedeutung mehr; Neusorg, welche eine schwarze Feste im Fichtelgebirge werden sollte, weist heute keinen Mann mehr aus der schwarzen Befassung auf, und in einigen andern Orten stürzten die christlichen Zahlstellen ebenfalls jählings zusammen. Noch mehrere solcher Erfolge — und die letzte christliche Steinarbeiterzahlstelle ist von der Bildfläche verschwunden.

## An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Werte Genossen!

Die Zahlen des Reichsversicherungsamts zeigen unzweideutig, daß bei den Baubetriebsstätten von einem Rückgang der Unfälle nicht die Rede sein kann. Im Jahre 1907 sind allein bei den Bauberufsgenossenschaften 69 315 Unfälle zu verzeichnen, und davon sind

14 301 entschädigte Unfälle mit 1 256 Tödtlichverletzten.

Die Zunahme der entschädigten Unfälle zeigt sich auch relativ, und nur vereinzelte Landesteile weisen einen bescheidenen Rückgang auf. In den preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Rheinland und Westfalen sind die Unfallziffern schon seit Jahren fortgesetzt und im Königreich Sachsen im Zeitraum der letzten zehn Jahre sogar um über 50 Proz. gestiegen. Geradezu erschreckende Zahlen zeigen bei allem Bemühen der Arbeiter, den Zuständen bei den Bauten einen andern Charakter zu geben, die südlichen Bundesstaaten. An erster Stelle mit diesen Mißständen und in der Mißachtung des Menschenlebens steht das Königreich Württemberg, wo dem Anscheine nach die berufsgenossenschaftlichen Unternehmer Arbeiterleben und -gesundheit in der willkürlichsten Art verachten können. Wie einerseits durch den Mangel von technischer Unfallverhütung und behördlicher Baubeaufsichtigung diese Unglückszahlen zunehmen, so sorgt andererseits der vernachlässigte Gesundheitschutz in Verbindung mit der wirtschaftlichen Not für eine Verallgemeinerung des Elends der baugewerblichen Arbeiter. Die Kranken- und Sterbestatistiken unsrer Zentralverbände und der Krankenkassen reden ganze Bände. Die Kommentare zur Abkürzung der Lebensdauer unsrer Berufskollegen sind hier unschwer nachzulesen. Diese offenkundigen Tatsachen stehen im urfälligen Zusammenhang mit der intensiven Steigerung der Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

Der behördliche Bauarbeiterschutz und die Bauaufsicht in Deutschland krank an Halbheiten und Notbehelfen. Seit Jahren fordern wir speziellere Schutzmaßnahmen für das Betonbauverfahren und die verschiedenen Eisenbaukonstruktionen; die amtlichen Organe können zur Prüfung dieser Materie immer noch nicht die nötige Zeit finden. Der Tiefbau verlangt bei der vielfachen Beschäftigung von Gelegenheits- und ausländischen Arbeitern eine ganz besondere behördliche Fürsorge, die aber nur sehr vereinzelt wahrzunehmen ist. Um hier andre Zustände herbeizuführen, bedarf es außergewöhnlicher Anstrengungen und Mittel.

Bei der Forderung und dem Kampf um besseren Schutz für Leben und Gesundheit wird die baugewerbliche Arbeiterschaft auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Daß darüber für uns kein Zweifel bestehen kann, das zeigen die Beschlüsse des Verbandstages der Bauberufsgenossenschaften zu Essen im September 1908 und die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus im März dieses Jahres, wo die Unternehmervertreter ohne Rücksicht auf die Mißstände bei den Bauten als eine Folge der Indolenz der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter bezeichneten. Das Unternehmertum findet dabei in Preußen die ausdrucksvollste Unterstützung der Ressortminister.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Breitenbach, konnte unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien am 17. März d. J. im Abgeordnetenhaus u. a. ausführen,

daß ein großer Teil der Unfälle auf das Verschulden, auf die Nichtachtung der Schutzbestimmungen, auf die Nichtachtung der Gefahr von Seiten der Arbeiter zurückgeführt werden muß.

Das Ministerium in Preußen gibt nur dem äußersten Zwang der Umstände nach, und ist der Rückhalt der Reaktion auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Diese Regierung mit ihrem weitgehenden Einfluß im Bundesrat ist als verantwortlich anzusehen für die geringen Fortschritte der Bauüberwachung durch Mitwirkung der Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. Die Stellungnahme der preussischen Regierung zu unsern Forderungen ist bestimmend für eine nicht geringe Zahl von Bundesregierungen. In Elb-Lothringen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg usw. verschleppen die Regierungen nach preussischem Muster die Regelung der Bauarbeiterschutzfrage. — Für die Arbeiterschaft ist deshalb der Weg klar und bestimmt vorgezeichnet.

Was wir bis zurzeit als errungen anzusehen haben, ist als ein Erfolg der unermüdbaren Tätigkeit der Elite der baugewerblichen Arbeiterschaft zu betrachten. Die Indifferenten in den Bauberufen durch Agitation über den Wert des Lebens und der Gesundheit aufzuklären, wird deshalb auch weiter mit Erfolgen begleitet sein. Auch in der nächsten Zeit wird nach dieser Erkenntnis gehandelt werden müssen. Zu diesem Zweck wird die Zentralkommission den einzelnen Vertrauenspersonen und den Vorsitzenden der Bauarbeiterschutzkommission eine Anweisung zugehen lassen, die zu befolgenden Ehrensache eines jeden denkenden Bauarbeiters sein muß.

Arbeitsgenossen! Zeigt dem Unternehmertum und den Regierungen, daß Arbeitslosigkeit und Not euren Willen zur Erreichung wahrnehmbarer Schutzmaßnahmen nicht beugen können, sondern daß ihr nach wie vor fest entschlossen seid, mit uns für bessere Zustände bei den Baubetriebsstätten zu kämpfen!

S a m b u r g, im Juni 1909.

Mit Gruß!

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.

J. Effttinge, Maurer. S. Tönnies, Maurer, D. Friedrich, Zimmerer, A. Schönfelder, Zimmerer, A. Tobler, Maler, S. Wenker, Maler, D. Werner, Töpfer, S. Homann, Töpfer, Ch. Dentshal, Stukkateur, R. Thielberg, Stukkateur, G. Behrendt, Bauhilfsarbeiter, G. Mohr, Bauhilfsarbeiter, R. Feineweber, Steinbildhauer, J. Seifert, Modellier, E. Kühne, Steinmetz, A. Müller, Glaser, A. Friedrichs, Dachbeder, G. Behr, Dachbeder, F. Scheller, Bautischler, R. Fuchs, Bauhölzer, D. Franz, Klempner, C. Schmitt, Steinseher.

NB. Alle Briefe, Sendungen usw. für die Zentralkommission sind an G. Heinke, Hamburg 1, Befendbinderhof 56, II., zu richten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Fehlende Abrechnungen vom 1. Quartal 1909.

2. Gau: Wismarburg. — 3. Gau: Auerbach, Dorka, Königshain, Treuen. — 4. Gau: Beutha, Dessau, Wittenberg. — 5. Gau: Ehringsdorf. — 6. Gau: Bremeke, Ebershausen, Hardeggen, Hosenberg, Hoof, Hürfel, Kassel, Kellbra. — 7. Gau: Duisburg, Eberfeld, Gelsenkirchen, Hagen, Köln II, Lüdenscheid, Mühlheim, München-Gladbach, Erier, Westhofen. — 8. Gau: Altenglan, Bensheim, Frankenstein, Hochspeier, Höchst im Odenwald, Klingenstein, Kirn(Rahe), Mehligen-Neukirchen, Ober-

mörlen. — 9. Gau: Eppingen, Hagenau, Karlsruhe, Ottenhöfen, Radolfzell, Schmie, Steinen, Sternfels, Tiefenstein, Zaisersweier. — 10. Gau: Marktleuthen, Tittlingen. — 11. Gau: Gößenheim, Heigenbrücken, Solnhofen.

Es ist doch höchste Zeit, daß die fehlenden Abrechnungen unverzüglich eingesandt werden. Wenn innerhalb 8 Tagen die Einsendung nicht erfolgt ist, dann wird den betreffenden Zahlstellen die Zustellung des Verbandsorgans entzogen.

## Korrespondenzen

Berlin. Ueber den Produktionsprozeß des Kapitals referierte in unsrer kombinierten Mitgliederversammlung der auf nationalökonomischem Gebiete besonders hervorragende Genosse Max Grünwald. In äußerst klarer Weise schilderte er das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe. Besonders Interesse erregten seine Ausführungen über die Entziehung des Mehrwertes der Arbeit, deren Erkenntnis in immer weitere Kreise zu tragen, die Aufgabe des bereits aufgeklärten Proletariats sei. Wie schwer dieses jedoch ist, dafür gab der schwache Besuch der Versammlung selbst das beste Beispiel. Hier, wo die Kollegen ihr Wissen zu bereichern die beste Gelegenheit haben, glänzen sie durch Abwesenheit, während untre in abgelegenen Orten frondenden Kollegen vergeblich nach Befriedigung ihres Wissensdurstes lechzen. Also in Zukunft — regerer und pünktlicher Versammlungsbefuch! Nur dann wird es der Verwaltung möglich sein, die Versammlungen interessant und würdig zu gestalten. Im gewerkschaftlichen Teile wurde beschlossen, die Höhe der diesjährigen Maimarkt mit 1 Mark zu bemessen. Es ist nunmehr Aufgabe der Kollegen, durch gegenseitige Buchkontrolle für die Entrichtung derselben, sowie der durch die Mitstandsunterstützungen bedingten Extrasteuern Sorge zu tragen. Des ferneren ist es notwendig, auf die während der kurzen Grabsteinfaison neu- und wiedergewonnenen Mitglieder ein wachsameres Auge zu haben, damit es uns endlich gelingt, auch diese zu festhaften und überzeugten Anhängern der Organisation zu machen. Den Bericht von der Gewerkschaftskommission gab der Kollege Gene. Das Herbergsweifen, die Restauration sowie die erhöhten Anforderungen, welche an die Gewerkschaftskommission gestellt werden, machen eine Erhöhung der an diese zu entrichtenden Beiträge nötig. Die Versammlung überließ die Stellungnahme hierzu dem freien Ermessen der Delegierten. Die Abgabe des Jahresberichts der ehemaligen Filiale II wurde vertagt bis zur nächsten Sektionsversammlung, für deren regen Besuch schon jetzt fleißig agitiert werden muß.

Anmerkung: Die Kollegen aller Branchen, welche im nächsten Quartal die Zustellung des „Steinarbeiters“ durch die Post wünschen, werden ersucht, ihre Adresse (bei verzögerten bzw. verziehenen Kollegen die alte und neue) an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, mit Ausnahme derjenigen Kollegen, welche die Zeitung bereits erhalten und ihre bisherige Wohnung nicht verändern.

Ernst Windler.

C. 19. Seydelstr. 30, pt. Bureau der Steinarbeiter.

Eberfeld. Am 22. Mai fand im Volkshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Da zwei Kollegen, der Vorsitzende und der Kassierer, infolge Maßregelung gezwungen wurden, selbständig zu werden, machte sich eine Neuwahl notwendig. Adam Richter wurde als Vorsitzender und Adolf Schmidt als Kassierer gewählt. Da wir in Eberfeld-Barmen nach dem Streit etliche Mitglieder verloren haben, so können wir jetzt wieder eine gute Zunahme verzeichnen, ein Zeichen, daß viele doch zur Einsicht kommen. Es gibt allerdings noch Kollegen unter uns, die sich mitten im Sommer nicht getrauen, die Versammlungen zu besuchen, trotzdem wir unsere Arbeitskraft jetzt überall anbringen können. Hätten die hiesigen Kollegen mehr Rückgrat, könnten wir die Scharte vom vorjährigen Streit in allernächster Zeit wieder ausweken und den Herren zeigen, was eine gute Organisation vermag.

Hamburg I. Am 21. Mai fand im Vorwärts-Restaurant unsere übliche Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Schürmer in der üblichen Weise geehrt. Aufgenommen wurde ein Kollege. Die Aufnahme von drei weiteren Kollegen wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, da sie nicht selbst erschienen waren. An Stelle des Kollegen Kollappe, der Polier geworden ist, wurde Billy Stoffregen als 2. Vorsitzender gewählt. Ueber das Beeridigungsweifen wurde nach unwesentlicher Debatte der Antrag des Vorstandes angenommen. Der Antrag geht dahin, daß es eine moralische Pflicht jedes einzelnen ist, bei der Beeridigung eines verstorbenen Kollegen anwesend zu sein. Gleichzeitig, daß bis auf weiteres bei einer Beeridigung nur ein Vreat für die Fahnenkommission zu bestellen sei, die übrigen Teilnehmer haben mit der Bahn zu fahren und bekommen nach erfolgter Meldung in Ahlsdorf das Fahrgehd erjeht. Wer bei der Beeridigung eines Kollegen fehlt, hat 1 Mk. Buße zu zahlen. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß an sämtliche Grabsteingeschäftsinhaber von Ahlsdorf und Altona das Ersuchen gerichtet worden ist, den Stundenlohn von 75 Pfg. auf 85 Pfg. zu erhöhen. In Altona bewilligen sämtliche Firmen und in Ahlsdorf 11 Firmen eine Erhöhung von 5 Pfg. pro Stunde und erkannten den Lohnsatz von 80 Pfg. als Minimallohn unterschrieben an. Hierauf kam der Streik der Betonarbeiter zur Sprache. Den Kollegen an den beiden strittigen Bauten wurde anheimgegeben, ruhig weiter zu arbeiten, aber auf keinen Fall mit Streikbrechern zusammen Werkstücke zu versehen. Unter Verschiedenem wurde der Antrag angenommen, für den Kollegen Stieh, der schon längere Zeit schwer krank ist, neben der ihm zustehenden einmaligen Unterstützung eine Sammeliste zirkulieren zu lassen.

Kirchberg. Die hiesige Verwaltung des Steinarbeiterverbands hatte am Sonntag nachmittag in Siegengrün eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Versammlung, welche von zirka 50 Mann besucht war, folgte den Ausführungen des Kollegen Siebold aus Leipzig mit großem Interesse. Er schloß in klaren Worten die traurige Lage, in welcher wir uns befinden. Dasselbe kann nur durch die Organisation gebessert werden. Laßt deshalb, Kollegen, alle persönlichen Reibereien und Zwistigkeiten beiseite und seid jederzeit einig mit dem Wortes: Nur vereint bilden wir eine Macht! Zum Schlußwort forderte Kollege Siebold die noch Fernstehenden auf, sich dem Verband anzuschließen. Hierauf schloß der impotanten Versammlung.

Lahr (Baden). Unsere Versammlung am 22. Mai war gut besucht. Die Debatte drehte sich um die Petition, die an die Eisenbahnbehörde ging. Es wurde darin verlangt, daß auch einheimische Arbeiter beim Bahnbau beschäftigt werden sollen. Der Bericht im Volksfreund entspricht nicht den Tatsachen. Eine scharfe Resolution wurde angenommen, worin dem Berichterstatter der genannten Zeitung eine Rüge erteilt wurde. Wenn etwas in die Deffentlichkeit gebracht wird, dann kann man zum mindesten verlangen, daß richtig berichtet wird.

Lauban. Einen recht erfreulichen Anblick gewährte die am 23. Mai im hiesigen Gewerkschaftshause in Gemeindschaft mit den Steinsehern abgehaltene Mitgliederversammlung. Wir konstatieren, daß unsere so sehr geschmolzene Mitgliederzahl wieder einen erheblichen Zuwachs erfahren hat. Ein weites Arbeitsfeld für unsern Verband bilden die umliegenden Bruchgebiete (Basalt). Zu diesem Zweck wird von der vereinigten Zahlstelle beider Zentralverbände (Steinarbeiter und Steinseher) die Agitation nach Möglichkeit entfaltet werden. Bei Punkt: Vorstandswahl wurde der erste Vorsitz unserm Kollegen Ebers über beide Zahlstellen übertragen. Im weiteren wurde für Sonntag, den 6. Juni, ein Ausflug durch das Queisental beschlossen. Abfahrt von Lauban früh 4 Uhr 32 Minuten und mögen sich die Kollegen mit ihren Frauen recht pünktlich einfinden.

Madweiler. In letzter Zeit wurden in unserm Steinbruchgebiet etliche Versammlungen abgehalten, größtenteils mit schlechtem Besatz. Kollege Braun war amwesend. In Petersbach wurde die letzte Versammlung am 23. Mai durch Kollegen Waldhart-Strasbourg abgehalten. Doch hier ist unter den Steinarbeitern noch viel Finsternis, die meisten, wenn sie nur arbeiten dürfen. Auch spielt der Schnaps eine große Rolle. Wann kommen die Steinarbeiter von Petersbach zur Einsicht und wann geht ihnen das Licht auf, daß die neunkündige Arbeitszeit und geregelte Lohnverhältnisse besser sind als Branntweintrinken. Kollegen! Seht euch den Erfolg von Volkstberg an. Diese Arbeiter wissen, was ihre Pflicht ist und erkennen auch den Wert einer Organisation, sie haben sich in der ersten Versammlung fest entschlossen und sind Mann für Mann in unsere Reihen eingetreten. Auch sind vier Mann von Tiefenbach in den Verband eingetreten. Mit solchen Männern und mit einer solchen Macht kann man gegen die Mißstände kämpfen, die zurzeit in Tiefenbach herrschen. Folgendes Beispiel gehört auch in die Deffentlichkeit. Ein kranker Arbeiter, der das Handwerk nicht mehr betreiben konnte, kützte sich auf eine kleine Flaschenbierhandlung. Jedoch der Geschäftsführer der Firma Sunderbach u. Co. in Dinndorf verlangte davon eine Dividende. Der Arbeiter willigte in dessen nicht ein und nun durfte er auch kein Bier mehr liefern. Diese Art, einem kranken Arbeiter das Leben sauer zu machen, wurde scharf kritisiert. Der Geschäftsführer hat doch seinen Gehalt, warum will er sich eine Nebenannahme schaffen?

Niederlamig. In der am 24. Mai stattgefundenen Werkstättenversammlung der organisierten Steinmehren, Brecher und Pflasterer der Firma Heinrich wurde energisch Protest gegen die in letzter Zeit in willkürlicher Weise vorgenommenen Entlassungen erhoben. In 14 Tagen sind nicht weniger als drei Kommissionsmitglieder auf Pflaster gesloren. Dabei bediente sich Herr Heinrich Ausdrücke, die man gar nicht aussprechen mag. Bei Stücken, die nach Vereinbarung bezahlt werden, ist die Lohnkommission gewöhnlich 1 bis 2 Stunden im Kontor, aber auf die Bestimmung der Lohnhöhe haben die Arbeiter gar keinen Einfluß, darüber entscheidet die Firma allein und absolut. Die Brecher werden nach Willkür bezahlt. Versprechen und Halten scheint für Herrn Heinrich zu viel zu sein, das mußten erst kürzlich die Pflasterer erfahren. Vereinbart war, daß das Stück 12 Pf. kostete, jetzt will Heinrich bloß 9 Pf. bezahlen. Die Kollegen lehnten dieses Anerbieten ab, darauf präsentierte ihnen Herr Heinrich eine Schmieberechnung von 70 Mk. Auf das Verhalten hin reichten die Pflasterer die Kündigung ein. Zugang von Steinmehren und Pflasterern ist streng fernzuhalten.

Regensburg. Hier tagte am 23. Mai eine gutbesuchte Versammlung. Kollege Niegler hielt einen instruktiven Vortrag. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden der Debatte über die Berufsverhältnisse, die in der Kunststeinfabrik Ebenhof herrschen. Die Sperre wird unsererseits sehr streng durchgeführt und die zureisenden Kollegen werden sich hüten, dort vorzusprechen. Allerdings sind uns einige Elemente in den Rücken gefallen und zwar: Joseph Krenzl senior, Gottlieb Krenzl junior, Franz Duf und Johann Meierhofer. Der Beschluß, diese Leute aus dem Verbands auszuscheiden, wurde einstimmig angenommen. Wir haben keine Veranlassung, mit diesen Leuten noch besondere Milde walten zu lassen. Die Versammlung verlief in recht harmonischer Weise.

Reichenbach. Am 16. Mai tagte im Gasthaus zum Schwanen eine öffentliche Steinmehrer-Versammlung, welche mäßig besucht war. Als Referent war Kollege Arnold aus Mannheim erschienen. Er verstand es, in klarer Weise das Thema: Die wirtschaftliche Lage der Steinmehrer und der Nutzen der Organisation zu behandeln. Auch einige bürgerliche Besucher folgten mit großer Aufmerksamkeit den Worten des glänzenden Redners. Daß die Teilnehmer mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren, bezeugte der stürmische Beifall am Schluß seines Referats. Alsdann trug der Arbeitergewerkschaftsverein Brudersitz aus Frankfurt a. M., der gerade bei einem Ausflug auf den Felsberg hier durchgekommen ist, einige begeisterte internationale Gesangslieder vor. In der Diskussion ergriffen sich eine längere Debatte hauptsächlich um den schlechten Besuch der Versammlungen. Bürgerliche Einwohner waren 15 erschienen. Auch die Zahl der indifferenten Kollegen in dem Reichenbacher Distrikt ist noch groß. Es müßte doch Ehrensache eines jeden Kollegen sein, fleißig für Gewinnung neuer Mitglieder zu agitieren und zum freudigen Wechsel zu neuen Mitgliedern zu bewegen. In der Versammlung erschienen die Mitglieder-Versammlung vom 22. Mai war gut besucht. Es wurde zum 1. Punkt der Tagesordnung gewechselt. Einige Ausführungen wurden noch gemacht über die Versammlung vom 16. Mai. Anwesend waren 8 indifferenten Kollegen; sie traten sofort dem Verbands bei. Wir haben in den letzten vier Wochen einen Zuwachs von 16 Mitgliedern zu verzeichnen. Da nun von den Zahlstellenmitgliedern die Anregung gegeben worden ist, einen Ausflug zu unternehmen, so wird derselbe nach Lichtenberg und Hausen unternommen.

Bildmann. Die Harzer Pflastersteinbruchgesellschaft m. b. H. überraschte die Kollegen mit dem Auftrag, eine Sorte Steine zu recht billigen Preisen herzustellen. Unsere Kollegen wollten mit dem Herrn Direktor verhandeln, dieser war abwesend und der Geschäftsführer hatte keine Vollmacht, irgend welche Abmachungen zu treffen. Nun reichten die Kollegen die Kündigung ein. Die Direktion meint nun, es soll zuerst die Kündigung rückgängig gemacht werden, dann sei eine Unterhandlung möglich. Die Kollegen gaben aber ihre Waffe nicht aus der Hand, denn dann hätte ja die Direktion leichtes Spiel gehabt. Die Kündigung wurde nicht zurückgezogen, und das war gut so, denn die Direktion verhandelte nun trotzdem und wir heimkten auch noch etliche Zugeständnisse ein. Die Begeisterung unter den Kollegen ist groß. Unser alter Freund Müller feierte mit schwunghaften Worten die neue Errungenschaft, die Zahlstelle hat ihre Feuerprobe glänzend bestanden. Kollegen! Der letzte Mann muß noch in unsere Reihen!

**Rundschau.**  
Eine Interessensvereinigung haben die Steinbruchbesitzer des Kreises Striegau kürzlich gegründet. Den Anlaß zu dieser Neugründung gab, daß sich die Steinarbeiter eine fünfprozentige Lohnreduzierung nicht gefallen lassen wollten. Wahrscheinlich werden die Unternehmer eine Art Verkaufszentrale gründen, hauptsächlich aber hat die neue Vereinigung den Zweck, die Arbeiter genügend in Schach halten zu können.  
Submissionsresultate. Das Tiefbauamt zu Frankfurt a. M. schrieb 950 Kubikmeter Abdeckquader aus. Unter anderen gingen folgende Offerten ein: Karl Adernann in Berlin 55 901,16 Mk.; Sauer in Neustadt (Hardt) 61 910,90 Mk.; Bayerische Granitaktiengesellschaft in Regensburg 115 059 Mark; Kerber in Düsseldorf 117 542,40 Mk.  
Es ergibt sich also, daß die beiden letzten Firmen pro Kubikmeter etwa 128 Mk. verlangten. Nach unserer Meinung entsprechen diese Offerten einer richtigen sachgemäßen Kalkulation.  
Stänkereien. In der Zahlstelle Odenbach (Gau Rannheim) ging es in der letzten Zeit rüstig vorwärts. Ein neu-eingetretenes Mitglied, Christian Ritter, aber begann nun gleich mit der Demagogisierungsbekämpfung beim Werkführer. Aber damit nicht genug, Ritter tat nun alles, damit in Kollegenkreisen die Einigkeit stark erschüttert wurde und daß somit das Weiterbestehen der Zahlstelle sehr fraglich sein wird. Wir können nur bedauern, daß die Flegelchen des Ritter nicht sofort energisch zurückgewiesen wurden.  
Das Hildesheimer Gewerkschaftslokale hat den Steinmehrer Oskar Wegener aus Kassel zum Arbeitersekretär gewählt. Wegener hat einen sechsmonatigen Kursus an der Berliner

Parteihschule durchgemacht. Der neugewählte Arbeitersekretär war früher Vertrauensmann der Zahlstelle Kassel. Möge Kollege Wegener in seiner Stellung volle Befriedigung finden.

Im Arbeitersekretariat Nürnberg haben sich die Geschäfte derzeit gehäuft, daß sich die Anstellung eines neuen Sekretärs notwendig machte. Als solcher wurde von den Vertretern der vereinigten Gewerkschaften der Genosse Strömer-Nürnberg gewählt, der bisher schon öfters ausbühlsweise tätig war. Das Institut hat jetzt fünf Sekretäre und eine Sekretärin.

Die „politische Neutralität“ christlicher Verbände. In Dagenen bestehen zwei Verbände des unteren Eisenbahn- und Postpersonals. Die Führer beider Organisationen sind wachsame Zentrumsleute. Wenn nun betont wird, daß diese Verbände im Dienste des Zentrums stehen, wird in der Regel heftiger Widerspruch erhoben. Es wird dann immer behauptet, daß der Eisenbahner- und Postverband politisch neutral seien. Wie es mit dieser Neutralität aber in Wirklichkeit aussieht, erhellt aus einer Notiz der liberalen Augsburger Abendzeitung. Das Blatt erinnert an eine schon früher einmal im bayerischen Landtage durch sozialdemokratische Abgeordnete vorgenommene Feststellung, wonach diese christlichen Verbände von Staatsbediensteten ihre Eingaben und Denkschriften nur Zentrumsabgeordneten zukommen lassen. Nach dem Geständnis des Zentrumsabgeordneten Dauer, der Sekretär des Eisenbahnerverbandes ist, geschah das, um zu verhindern, daß Mitglieder anderer Parteien das Material der Verbände kennen lernen!

Das liberale Blatt stellt weiter fest, daß zu den Vereinsversammlungen nur Zentrumsleute eingeladen werden. Wird versehentlich auch einmal ein liberaler Abgeordneter eingeladen, so erhalten die „schuldigen“ Obmannschaften „Schwere Vorhalte von Zentrumsabgeordneten“. Einzelne Zentrumsabgeordnete haben erklärt, daß sie nur an solchen Versammlungen teilnehmen, zu denen liberale Abgeordnete nicht zugezogen werden. Und solchen Druck fügen sich die Verbände auch willig. Die Zuziehung sozialdemokratischer Abgeordneter wird natürlich erst recht nicht gestattet.

Wenn die christlichen Gewerkschaftsagitatoren in den Versammlungen ihre „großen“ Pausen halten, dann wird den Zuhörern meist die Neutralität gegenüber allen Parteien vorgeschrieben. Aber dieser Numpst, der an direkte Schwindelei grenzt, zieht nicht mehr.

Gewerbegerichtswahl in Mainz. Bei der am 24. Mai stattgefundenen Gewerbegerichtswahl sagten die freien Gewerkschaften mit 3502 Stimmen über die Christlichen, die 576 Stimmen erhielten.

Marmor in Deutsch-Südwestafrika. In Swakopmund wurde mit einem Stammkapital von 436 000 Mk. eine G. m. b. H. gebildet, um die vorhandenen Marmorfelder ausbeuten zu können.

Ein frivoles Spiel mit Arbeiterleben. Der Steinbruchbesitzer Keupp in Würzburg trieb jahrelang ein frivoles Spiel mit Arbeiterleben. Aus Profitgier läßt er in seinen Kalksteinbrüchen von jeher nach dem verbotenen Unterhaltungs-system arbeiten. Der Bauaufseher hatte dies bei einer Kontrolle streng unterzagt, doch der Unternehmer kümmerte sich nichts darum. Wenige Tage später stürzte das überhängende Gestein in einem Bruch zusammen und ermalmte einen Arbeiter. Für diesen freihelbsthaften Leichtsinns erhielt der Sohn Keupps, der als Geschäftsführer seines Vaters verantwortlich gemacht wurde, drei Monate Gefängnis. — Der Berufsteil ist mit dieser Strafmaßung sehr billig weggekommen.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

Ludwigshafen. Dem Steinmehrer D. Schadt ist keine neue Interimskarte auszustellen. Der Vorstand.  
Königsbrunn. Der Steinmehrer Edwin Schmal hat hier seine Interimskarte liegen gelassen. Wir bitten um Bekanntgabe der Adresse des Benannten. Graf Deutshof, Dorfgraben.  
Langensalza. Der Steinmehrer Ferdinand Kraß, früher in Langensalza, wird ersucht, seine Adresse sofort an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Jakob Seiling, Unterm Berge Nr. 33.  
Groß-Walditz a. Döber (Schlesien). Die Ortsverwaltungen der Zahlstellen werden ersucht, mir die Adresse von Hugo Rehnert zu übermitteln. Johann Weingart.  
Baccarat. Freund Gotthard Holz, gib Deine Adresse sofort an Karl Fischer, Steinmehrer, Baccarat, M. et Moselle, rue Humboldt 37 (France).

**Quittung.**

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 29. Mai 1909.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, L. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrabeitrag.)

- Arzheim, B. 3.25. Emden, B. 8.10. Hamburg, B. 3.00.
- Laufgill, B. 2.75. Friedel, B. 2.20. Arnstadt, B. 12.20. Jauer, B. 8.25. Essen, Ins. 3.20. Mies, Div. 60.—. Breslau I, K. 22.50. Hosenbürg, B. 63.—. E. 10.—. K. 5.—. Ludwigshafen, B. 33.00. E. 2.—. K. 0.40. Bbejün, B. 168.—. Meisen I, K. 22.50. Müders, B. 46.—. K. 4.—. Schopfloch, B. 78.66. H. 0.50. K. 0.50. Trier, B. 22.54. K. 3.00. Strassburg, K. 34.50. Pforzheim, B. 59.80. K. 4.20. Plauen, B. 63.02. K. 4.75. Neufah, B. 9.20. K. 1.30. Niederlamig, B. 8.40. H. 1.50. K. 0.10. Münster, B. 80.70. E. 5.—. K. 3.55. M. 4.50. Reg. B. 36.94. K. 1.30. Wittweida, B. 420.—. Langensalza, B. 12.00. K. 12.00. Königsbrunn, B. 220.40. K. 0.60. Königs-Lutter, B. 118.22. K. 0.10. Derdingen, B. 114.—. E. 2.50. M. 1.25. Birnbaum, B. 4.50. Ebingen, B. 2.90. Zwentau, B. 2.30. Baccarat, Ins. 2.82. Namslau, B. 2.55. Harburg, B. 18.70. Oldestoe, B. 2.85. Pöschel, Ins. 3.60. Wenigenrode, Ins. 2.40. Deutmannsdorf, B. 73.00. K. 7.40. Hamburg II, B. 460.—. Höchst i. Odenu., B. 14.82. H. 0.50. K. 6.—. Meisen II, B. 105.—. Ins. 2.80. Randeröder, B. 23.—. K. 1.—. Mitten, B. 23.—. K. 5.—. Gelfenkirchen, B. 9.20. K. 0.80. Bünselburg, B. 230.—. E. 0.25. K. 66.—. Wolfshagen, B. 58.80. Trier, B. 6.90. K. 0.60. Böbau, B. 451.14. K. 26.10. Pangelshausen, B. 63.—. K. 15.—. Karlsruhe, B. 322.—. K. 10.—. M. 5.50. Kuppersdorf, B. 11.10. Doya (Herrtrampf), B. 2.15. Doya (Gildener), B. 0.90. Otiernsdorf, B. 3.25. Daynan, B. 3.—. Selpke, B. 1.—. Kuntzchen, B. 76.—. K. 4.—. Gäßlich, B. 766.—. Arzheim, B. 230.—. K. 25.75. Reg. B. 23.—. K. 18.—. Neuhans, B. 75.60. H. 1.50. M. 6.—. Okerholz, B. 244.—. K. 10.—. Mitten (a conto Rogh), B. 31.25. K. 1.10.

Ausweis über zurückgefordertes Material vom 1. bis 31. Mai 1909.  
Odenbach, 32 B., 2 K. Oberbillingshausen, 180 B., 19 E., 78 K. Hamm, 200 B., 23 X. Nehan, 302 B., 43 E., 82 K. Nörblingen, 55 K. Sackisch, 508 B., 24 E., 2 Gef., 148 K. Maulbronn, 120 B., 51 K. Mittelsteine, 182 B. Demitz, 100 B. Baumholder, 42 K. Zwingenberg, 40 B.  
Ludwig Seiff, Kassierer.

**Neue Zahlstelle.**

Hohentenden (S. Gau). Vors.: Otto Gleißner, Bahnhofstraße 206. Kass.: Bruno Schmidt, Reichenfels.

**Adressen-Änderungen.**

Breslau I. Vors.: A. Jeser, Alexisstraße 14. Dasselbst wird auch die Neigennterstützung ausgegahlt.  
Treuken i. Vogt. Vors.: Emil Schmalz, Wilhelmstr. 478. Kass.: Arno Kober, Schreiergrün bei Treuken.

Eberfeld. Vors.: Adam Richter, Eberfeld-Kipdorf, Nr. 7. Kass.: Adolf Schmidt, Eberfeld, Brummenstraße 19. — Reiseunterstützung wird vom Kassierer Adolf Schmidt ausgezahlt.

**Briefkasten.**

Kaiserhammer. Wir können die Adresse nicht ausfindig machen. — Dasel. Wir haben davon schon in Nr. 22 Notiz genommen. — Stadel. Die statistischen Angaben sind nur dann richtig, wenn beim Gesamtverdienst die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung in Anrechnung gebracht werden. — Also der volle Verdienst muß in die Statistikkarte eingetragen werden.

**Anzeigen.**

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

**Heppenheim, Kirschhausen, Hemsbach Rimbach und Umgegend.**

Sonntag, den 6. Juni 1909, nachmittags 3 Uhr  
**Bezirks-Versammlung**  
im Gasthause des Kollegen Seidel, Rimbach.  
Referent: Gauleiter Sarfert.  
Es ist Pflicht der sämtlichen Kollegen, zur Stelle zu sein. Auch die italienischen Kollegen haben zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung Rimbach.  
J. A.: Johann Seidel, Kassierer.

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik und Hartwerk  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Spezialhaus für Berufskleidung**

Eigene Anfertigung  
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.  
Jackets, Hosen.  
**Emil Keidel, Hamburg 6**  
= Barmbeckerstraße 101. =

**Steinbruchverpachtung**

in der Freiherrlich Kniggeischen Oberförsterei Steintrug bei Bennigsen (Bahnhofstation Hannover-Jameln).  
Die Neuverpachtung des sogen. Reufingischen Sandsteinbruchs im Distrikt, für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis dahin 1920 — event. die gesamte Ausbeutung der Sandsteingewinnung in allen Forstbezirken einschließlich Egestorf, letztere jedoch erst vom 1. Juni 1912 ab — findet am Sonnabend, den 19. Juni cr., vormittags 11 Uhr, im Hotel Steintrug gegen Meistgebot statt. — Gegenwärtiger Pachtpreis pro Jahr 16000 Mk. — Bedingungen und weitere Auskunft durch die Oberförsterei.

**Bruchmeister**

gesucht, gelernter Steinmetz, energische Persönlichkeit, die geneigt und befähigt ist, einen mittleren Granitbruch im Nordfild zu übernehmen. Offerten unter J. A. 9040 durch Rudolf Mosse, Annoncen-Expedition, Berlin SW. erbeten.

**Tüchtige Steinhauer**

auf Granitstein gesucht.  
Oberschlesische Zement-Industrie  
Dziorgowitz (Ober-Schlesien).

**tüchtigen Steinmetz**

auf Grabstein in Sandstein.  
Joh. Waltermann, Stein- und Bildhauer  
Brake (Rippe-Deilmold).

**Tüchtige Sandsteinmetzen**

finden Beschäftigung bei  
Louis Rosenthal, Benthon (Ober-Schl.).  
Der Bunzlauer Tarif wird anerkannt.

**Tüchtige Granitschleifer**

stellt ein  
Granitwerk Herm. Conradus, Jena.  
Der Steinhauer Michael Hinkofer wird ersucht, seine Adresse umgehend an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Sache. Peter Mayer, Steinmetz, Heppenheim (Hess.), Kirchengasse 16.

**Bestorben.**

In Berlin am 26. Mai der Kollege Wilhelm Gorgs, 35 Jahre alt, an Bluthsturz.  
In Romm am 18. Mai der Kollege Gustav Menzel, 43 Jahre alt, an Rückenmarkslähmung.  
In Dahn am 15. Mai der Kollege Adam Rath, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Ebenfalls am 18. Mai der Kollege Karl Gegenheimer, 31 Jahre alt, an Kehlkopf-schwindsucht.  
In Ludwigshafen am 28. Mai der Kollege Ludwig Holz, 28 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
In Schmölln (Zahlstelle Demitz-Thumitz) am 27. Mai der Kollege Karl Hannand, 52 Jahre alt, an Herzleiden.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 23.

Sonntag, den 5. Juni 1909.

13. Jahrgang

## Die Steinindustrie im Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1908.

Unter den deutschen Gewerbeinspektionen genießt die badische noch aus den Tagen Wörishoffers her den besten Ruf. Die Berichte derselben begegnen daher bei der Arbeiterschaft weitgehendem Interesse. Wenn die Ueberlegenheit der badischen Fabrikinspektion gegenüber den andern heute nicht mehr eine solche ist, als unter Wörishoffer, so liegt dies nicht an den Personen, sondern an den unzureichenden Mitteln, mit welchen sie ausgestattet ist. Es ist eine wenig bekannte Tatsache, daß die badische Fabrikinspektion im Laufe der Jahre der höchsten industriellen Entwicklung von fast allen andern deutschen Inspektionen überholt wurde. Die gewaltige Entwicklung der badischen Industrie und die Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung haben Aufgaben und Tätigkeitsfeld der Gewerbeaufsicht so bedeutend erweitert, daß diese mit den vorhandenen Mitteln nicht imstande ist, den gestellten Anforderungen zu genügen. Es wurden zwar im vergangenen Jahre zwei neue Beamte angestellt, der Chemiker Dr. Bette als wissenschaftlich gebildeter Hilfsarbeiter und der Techniker Eugen Grimm als technischer Assistent, doch entspricht damit das Personal noch lange nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Nach den Berichten von 1907 entfielen im Reichsbereich auf sämtliche Gewerbeinspektionen auf einen Beamten 553 Betriebe und 12 058 Arbeiter. In Baden entfielen auf einen Beamten 1009 Betriebe und 23 454 Arbeiter. Das Doppelte also wie im Reich. Uebertroffen wird Baden an Unzulänglichkeit nur von Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg, und das ist gewiß kein Ruhm. Im reaktionären Preußen kommen auf einen Beamten nur 552 Betriebe und 11 943 Arbeiter. Von 100 revisionspflichtigen Betrieben wurden revidiert im Reichsbereich 51, in Baden nur 35. Preußen steht mit 49 revidierten Betrieben wieder bedeutend über Baden. Nach Zahl der in den revidierten Betrieben beschäftigten Arbeiter ist das Verhältnis das gleiche: Deutsches Reich 79, Baden 56, Preußen 82 von je 100 Arbeitern. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn die Section II der Steinbruchberufsgenossenschaft, zu der Baden gehört, die höchste Unfallziffer von ganz Deutschland aufzuweisen hat. Im Reichsbereich entfielen auf 1000 Sollarbeiter 14 entsehbare Unfälle, in der Section II 20,1. Man sieht, das „badische Musterlände“ führt seinen stolzen Namen sehr zu Unrecht.

In der Industrie der Steine und Erden waren im Berichtsjahre 1423 Betriebe mit 14 135 Arbeitern vorhanden. Revidiert wurden davon 857 Betriebe mit 9077 Arbeitern. 57 Prozent der Betriebe wurden besucht.

Einen unerwünscht breiten Raum nehmen die Verstöße gegen die Bundesratsverordnung ein. Verstöße gegen die Bestimmungen des § 9 der Bundesratsverordnung wurden in einem verhältnismäßig engbegrenzten Bezirk des mittleren Schwarzwaldes in größerer Zahl festgestellt. Sechs Betriebe beschäftigten ihre Arbeiter bei der Steingewinnung täglich elf Stunden. Gegen die verantwortlichen Betriebsleiter ergingen Strafbefehle in Höhe von 3 bis 20 Mark. Zwei Unternehmer hatten zu ihrer Entschuldigung angegeben, die Konkurrenz des Nachbarlandes zwingt zur Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit. Die Arbeiter würden ihnen entlaufen, wenn sie nur 10 Stunden arbeiten könnten, und entsprechend weniger verdienen! — Andre schütten vor, sie hätten ihren Arbeitern die tägliche Arbeitszeit freigestellt und ihnen Gelegenheit zu höherem Verdienste geben wollen. In einer Sandsteinhauerei des Schwarzwaldes, deren Besitzer schon früher wegen Ueberschreitung der neunstündigen Arbeitszeit bestraft worden war, wurde diese Zuwiderhandlung abermals festgestellt; der gegen den Unternehmer ergangene Strafbefehl lautete auf 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Haft.

Einen jähen und wie sie selbst erklärt ziemlich ergebnislosen Kampf um die Durchführung der Bundesratsverordnung hatte die Gewerbeinspektion in den Granitbetrieben des hinteren Murgtales zu führen. Zur Gewinnung der für den Bau einer Bahn erforderlichen Steine hat die Bahnbauunternehmung an verschiedenen Stellen des Tales Granitsteinbrüche eröffnet. Nachricht von der Eröffnung dieser Betriebe erhielt die Fabrikinspektion durch eine eindringliche Beschwerde eines Arbeiters, in der wegen des Fehlens auch der primitivsten Schutzeinrichtungen Klage geführt wurde. Der Arbeiter bat zugleich um Mitteilung des Termins der Revision, damit er noch persönlich Auskunft geben könne. Er stellte sich später dem Beamten in Gegenwart des Werkmeisters vor und machte auf zahlreiche Mängel in ruhiger Weise aufmerksam. Schutzhütten und Abortanlagen waren ungenügend oder fehlten ganz, die Koch- und Schmiedefeuer standen teils in kleinen dunkeln Hütten ohne Rauchabzug, teils im Freien. Schutzelte für die Steinhauer

waren nicht vorhanden, die Beseitigung des Schuttes war sehr mangelhaft usw. Zur Abstellung der Mängel ergingen zahlreiche Auflagen, von deren Erfüllung sich der zuständige Beamte nach einigen Monaten überzeugen wollte. Aber nicht nur, daß für die Durchführung der Auflage fast gar nichts geschehen war — die Firma hatte in der Zwischenzeit noch einige neue Arbeitsplätze eingerichtet, an denen überhaupt alles fehlte. Wiederum wurde der ganze amtliche Apparat in Bewegung gesetzt, um die Beseitigung der Mängel noch vor Eintritt der rauhen Witterung durchzuführen. Es gelang nicht. Die Abwesenheit der Arbeitsstätten und der häufige Wechsel unter den Beamten der Bauunternehmung begünstigten die Verschleppung. Das in solchen Fällen einzig wirksame Mittel der Betriebs Einstellung durfte nach Meinung der Fabrikinspektion mit Rücksicht auf die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes nicht angewandt werden, und so kam es, daß noch alles beim alten war, als am Ende des Jahres starker Frost die Einstellung der Betriebe erforderlich machte. Der Bericht bemerkt hierzu, daß Strafverfahren eingeleitet ist und die Wiederaufnahme des Betriebes von der Erfüllung der Auflagen abhängig gemacht werden wird. Der Betrieb ist längst wieder in vollem Gange, aber an den geradezu skandalösen Zuständen ist noch nicht ein Jota geändert worden. Der Bahnbau wird für den badischen Musterstaat von der Firma Wilhelm Bruch, Kanalbauaktiengesellschaft, Berlin, ausgeführt. Man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß selten ein Betrieb zu treffen ist, wo mehr Mängel, Gesetzesverletzungen, Willkürlichkeiten usw. anzutreffen sind, als bei dieser Firma. Unberechtigte Lohnabzüge, Lohninbehaltungen, Verstöße gegen die Versicherungsgeetze und viele andre Ungehörigkeiten wechseln sich in endloser Reihe ab. Bezeichnend ist das Zuständchen der Gewerbeinspektion, daß sie nicht in der Lage war, diese Ungehörigkeiten zu beseitigen. Daß es sich im vorliegenden Falle um einen Staatsbau handelt, ist für unsere Arbeiterchutzgesetzgebung von bezeichnender Bedeutung. Der liberale Musterstaat Baden mußte die Möglichkeit haben, die Firma zu zwingen, den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen. Uns ist aber kein Betrieb der Privatindustrie bekannt, in dem Verstöße ähnlich grober Art und in ähnlicher Zahl zu verzeichnen wären. Diese Feststellung muß nicht nur unsern Interessen, sondern alle andern Berufs, die an diesem Bau interessiert sind, haben bereits schon die gleiche Klage erheben müssen. Wir erinnern nur an den Bericht der Maurer in Nr. 26 des „Steinarbeiters“ vom Vorjahre.

Auf die teils ungelesene, teils unsicher und schädigende Art der Lohnzahlung haben wir an dieser Stelle schon wiederholt hingewiesen. Bezeichnend ist aber für diesen Mangel folgende Stelle des Berichts: „In einem Steinbruch fand sich noch das Verhältnis, daß Bier als ständige Lohnzusage verabreicht wurde. Die Einstellung der Arbeiter erfolgte mit einem Anfangslohn von 2 Mark und drei Schoppen Bier. Der Barlohn steigert sich allmählich auf 2,50 Mark (!), ob sich die Anzahl der Schoppen auch steigerte, wird leider nicht berichtet. Da das Bier als Naturallohn verabreicht wurde, konnte nicht auf Grund des § 115 der Gewerbeordnung eingekritten werden. Der Mangel soll jetzt angeblich beseitigt sein.“

Daß die Unfallverhütungsvorschriften sich der gleichen Wirkigkeit erfreuen, wie die Bundesratsverordnung, wird nach dem Vorstehenden nicht besonders wunder nehmen. Besonders beim Schießen und bei der Behandlung des Abraums war dies festzustellen. Ein äußerst gefährlicher Brauch wurde beim Schießen in verschiedenen Steinbrüchen des Schwarzwaldes festgestellt. Beim Schützen der Schüsse wurde die Patrone gleichzeitig mit der bereits angezündeten Zündschnur in das Bohrloch eingeworfen. Dabei hatte die Zündschnur etwa die Länge von 40 Zentimeter, in einigen Fällen war sie sogar nur 35 Zentimeter lang. Dieser ungenügend gefährliche Umgang wurde nicht nur von den Schießmeistern, sondern in einem Falle auch von dem Bruchmeister selbst getrieben. Er bezahlte nach einigen glücklichen abgelaufenen Sprengungen nach diesem System seinen Leichtsinn mit dem Leben. Vor der Bormahme der letzten Sprengung hatte ihn noch einer seiner Arbeiter auf das Unvorsichtige seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht. Derselbe Bruchmeister hatte auch dadurch, daß er es unterließ, vor der Sprengung die vorgeschriebenen Warnungssignale abzugeben, noch das Leben seiner Arbeiter gefährdet. Aehnliche Verletzungen wurden auch in einigen andern Brüchen beobachtet. Man hielt das Abbrennen von Schmirnschiffen fälschlicherweise nicht für so gefährlich und man wollte durch das Verlassen der Arbeitsplätze keine Zeit verlieren. In allen Fällen wurde das zur Abstellung der Mängel nötige veranlaßt und die Betriebsleitung wurde aufs nachdrücklichste auf die Bestimmungen der Schießinstruktion verwiesen, daß sie in erster Reihe für die pünktliche Befolgung der Vorschriften seitens der bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten verantwortlich ist.

## Das Baugewerkschulwesen in Preußen.

Immer mehr bricht sich in Fachkreisen die Erkenntnis Bahn, daß das Baugewesen nur dann eine reelle Grundlage aufweisen kann, wenn auch genügend technische Mittelschulen vorhanden sind, auf welchen die angehenden Techniker vorgebildet werden können. Das Baugewerkschulwesen ist in Deutschland erst in den letzten zwei Jahrzehnten mit einer größeren Fürsorge behandelt worden. Ueber die Entwicklung der genannten Schulen finden wir im „Reichsarbeitsblatt“ folgenden interessanten Artikel:

„Die besondere fachliche Ausbildung von Bauhandwerkern richtet sich im wesentlichen auf zwei Ziele: einmal auf die Erreichung einer gewissen Fertigkeit im technischen Zeichnen, dann auf die Vermittlung von technischen Kenntnissen in der Baukonstruktion. Für den Zeichenunterricht konnten die allgemeinen gewerblichen Zeichen- und Kunstschulen dienen; ebenso waren seit dem Jahre 1850 die Provinzialgewerbeschulen in beschränktem Maße auf den Unterricht von Bauhandwerkern eingerichtet. Der sehr wichtige konstruktive Unterricht dagegen machte die Einrichtung besonderer Abteilungen an den vorgenannten Anstalten oder besonderer bautechnischer Schulen notwendig.“

Die erste dieser Sonderfachschulen entstand bereits im Jahre 1810 in München als Privatanstalt. Die zweite Anstalt wurde 1831 in Holzminden als Privatstiftung errichtet und diente zahlreichen andern privaten und städtischen Schulen als Vorbild.

In Preußen wurde die erste — private — Baugewerkschule 1864 zu Hörter errichtet. 1866 ging die schon 1853 zu Aienburg gegründete Schule, die Staatsanstalt war, an Preußen über. Es folgten Neugründungen in Ebernforde (1868), Jödicke (1869) Buztehude (1875). Außer diesen Spezialschulen boten die Provinzial-Kunst- und Bauhandwerker-Schulen in Breslau, Danzig, Königsberg, Erfurt und Magdeburg, sowie die Kunstschule zu Berlin Gelegenheit zur Vermittlung gewisser bautechnischer Kenntnisse, ferner in beschränktem Umfange, soweit die Baukonstruktionslehre in Frage kam, die Provinzial-Gewerbeschulen.

Bei der großen Zahl der einer theoretischen Unterweisung bedürftigen Bauhandwerker genügte die vorerwähnten Unterrichtsanstalten sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Verteilung auf die Monarchie nach in keiner Weise. Andererseits erschien es auch nicht wünschenswert, diesen Zweig der fachlichen Ausbildung der

Privattätigkeit zu überlassen. Durch Erlaß vom 26. Februar 1877 wies demzufolge die Regierung die Provinzialbehörden an, zur Errichtung kommunaler Baugewerkschulen anzuhelfen. Gleichzeitig wurde ein Staatszuschuß in Aussicht gestellt, wofür die Schulen der staatlichen Aufsicht unterstellt werden sollten. Das Ziel dieser Anstalten und die an das Schülermaterial zu stellenden Anforderungen wurden dahin begrenzt, daß der Schüler bei seinem Abgange die zur selbständigen Ausführung der auf dem platten Lande und in kleineren Städten allgemein vorkommenden Bauten nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten im Zeichnen besitzen soll. Andererseits sind beim Eintritt in die unterste Klasse nur die Kenntnisse des aus der obersten Stufe der dreiklassigen Volksschule Abgehenden durch eine Prüfung nachzuweisen.“

Auf Grund dieser Maßnahmen gelang es, einige Anstalten nach den der Regierung vorschwebenden Grundzügen einzurichten. An diesen wurden dann allmählich weitere Verbesserungen eingeführt. So wurde die Zahl der Schüler in einer Klasse auf höchstens 30 begrenzt. Außerdem wurden die staatlich unterstützten und beaufsichtigten Anstalten — und zwar auf Verlangen der Interessenten — zu vierklassigen mit vierstündiger Schulzeit ausgebaut. Ferner genossen die vom Staate unterstützten oder unterhaltenen Schulen dadurch den Vorzug, daß die Absolventen dieser Anstalten bei der Befugung der mittleren Beamtenstellen der Eisenbahn- und allgemeinen Bauverwaltung vorzugsweise berücksichtigt wurden. Eine Vereinheitlichung des Unterrichts erfolgte durch die am 6. September 1882 erlassene Prüfungsordnung für die vom Staate unterhaltenen oder subventionierten Baugewerkschulen, die dahin wirkte, daß man sich bemühte, an allen Anstalten die gleichen Kenntnisse zu vermitteln.

Die Unterhaltungskosten wurden bis zum Jahre 1887 in der Weise aufgebracht, daß die Stadtgemeinde das Schullokal unentgeltlich herzugeben und zu unterhalten hatte und von den übrigen Unkosten die Hälfte trug. Es erwies sich, daß diese Regelung die Gemeinden in einer Weise belastete, die der Ausbeutung des Unterrichtswesens nicht förderlich war. Die Staatszuschüsse wurden indessen erheblich erhöht, und zwar in der Weise, daß die Regierung auch zu den Unterhaltungskosten beisteuerte und von dem Rest der Unkosten zwei Drittel übernahm.

Trotz der stetig wachsenden Aufwendungen des Staates für die Baugewerkschulen war es nicht möglich, dem Bedürfnis nach bautechnischem Unterricht voll zu genügen. Die Zahl der Schüler, die wegen Platzmangels zurückgewiesen werden mußten,

Wiederholt wurden Steinbrecher auf hochgelegenen Arbeitsstellen ohne Notleine angetroffen. In einem Fall hatten die Arbeiter aus Bequemlichkeit das Seil an die Pfekluftleitung für die Gesteinsbohrer gebunden, anstatt an die vorhandenen Eisenstäbe. Wie schwer sich das Unterlassen des Anseilens rächen kann, zeigt folgender Unglücksfall. Mit dem Herabwerfen gebrochener Steine von der obersten Galerie auf die etwa 12 Meter tiefer gelegene Terrasse beschäftigt, glitt ein Arbeiter beim Aufheben eines Steines aus und stieß dabei an seinen unmittelbar hinter ihm am Rande des Felsens stehenden Mitarbeiter. Dieser konnte dem Anprall seines Kollegen nicht standhalten und fiel die 12 Meter hohe Felswand herunter. Der Tod trat sofort ein.

Die hier angeführten Fälle, sowie die Erfahrungen früherer Jahre legten der Fabrikinspektion die Vermutung nahe, daß die Ursachen dieser Unfälle in vielen Fällen darin zu suchen sind, daß das verwendete Aufsichtspersonal seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Wir können uns diesem Urteil nicht nur anschließen, sondern sind in der Lage, durch eine Reihe von Beispielen daselbe noch zu erhärten. Außer Acht darf allerdings nicht gelassen werden, daß die grenzenlose Profitsucht einiger Unternehmer den Hauptgrund der bedauerlichen Erscheinungen bildet. Für Schuldlohe wird man nie geeignetes Aufsichtspersonal erhalten. Ein Uebrigtes tut die Antreiberei bei der üblichen Akkordarbeit.

Nach eines weiteren Unfalles wird Erwähnung getan. Zwei Besitzer eines Steinbruchs (Mühlbach) betrieben unter Außerachtlassung der wichtigsten Unfallverhütungsvorschriften ihren Steinbruch. Die Arbeiter waren in einer etwa 6 Meter tiefen, lothartigen, von fast senkrechten Wänden umgebenen Grube mit dem Losbrechen von Sandsteinen beschäftigt. Nach einem ausgiebigen Regen löste sich in einer der unvorsichtsmäßigen zu steilen Wände ein etwa 4 Zentner schwerer Stein und erschlug einen in der Grube in knieender Stellung arbeitenden Mann. Die Bruchbesitzer wurden wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Das Gericht trat dem von der Fabrikinspektion erstatteten Gutachten bei und verurteilte die beiden Angeklagten zu 6 und 8 Wochen Gefängnis. Die Herren sind noch billig weggekommen.

Ein großer Teil der Steinbrüche untersteht in Baden der Aufsicht der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Diese berichtet, daß erhebliche Beanstandungen nicht erfolgt sind. Na, na! Nur ganz vereinzelt ist es zu einer Einstellung des Betriebs gekommen. So, so! Es ist uns eine bekannte Tatsache, daß in den meisten bisherigen Berichten der Straßenbaudirektion nichts Besonderes über Verstöße in den ihr unterstellten Steinbrüchen zu melden war und werden wir uns in diesem Jahre über den Widerspruch zwischen den Berichten der Fabrikinspektion und der Straßenbaudirektion nicht besonders wundern.

Gang und gäbe ist in Baden z. B. das Steinklopfen der Kinder an den Straßen. Ein Beamter hat einen Jungen einmal angetroffen. Wir wissen, daß ein ganz erheblicher Teil des Straßenschotter in Baden von Kindern hergestellt wird. Am Bahnbau im Murgtal sind mehrere Frauen mit Steinflügeln unter den Augen der staatlichen Baukontrolleure beschäftigt worden. Niemand ist dagegen eingekritten. Der allmächtige Firma Bruch wagt niemand ernstlich an Zeuge zu fassen. Die Fabrikinspektion erklärt selbst ihre Erfolglosigkeit dieser gegenüber. Alle Anzeichen bürgen auch dafür, daß die Firma die Weiterführung der Bahn erhalten wird, obgleich sie sich bisher höhnisch über Gesetz und Billigkeit hinweggesetzt hat.

„Hilf mir den Bericht auch für dieses Jahr wieder ein trübes Bild der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung speziell in der Steinindustrie.“ Eins sei noch besonders hervorzuheben. Aus dem Arbeiterstand erschienen 28 Personen bei der Gewerbeinspektion zur mündlichen Vorbringung von Beschwerden. Im Vorjahre waren es 51. Dieser Rückgang ist auffallend. Jedoch setzen wir ihn nicht auf Konto mangelnden Vertrauens in die Fabrikinspektion, sondern auf Kosten der Erkenntnis, daß der Gewerbeinspektion die Mittel fehlen, nachhaltig den Arbeiterschutzgesetz Geltung und Anerkennung seitens der Unternehmer zu verschaffen. Der Steinhauer aus dem Murgtal wird sich vermutlich nicht mehr an die Gewerbeinspektion wenden, nachdem er gesehen hat, wie wenig sich die Firma um die Auflagen geträumt hat und wie wenig die Behörden in der Lage waren, etwas gegen die Firma auszurichten. Die beste Garantie für die Durchführung der Arbeiterschutzgeetze bleibt eine stramme Organisation, wie wir schon in vielen Fällen gesehen haben. Damit soll die Gewerbeaufsicht nicht als überflüssig bezeichnet werden, aber um ihren Zweck zu erfüllen, muß sie mit weitergehenden Mitteln versehen werden und mit größeren Machtbefugnissen ausgestattet werden.“

Preussische Schüler mußten aus diesem Grunde in großer Zahl nichtpreussische Anstalten aufsuchen. Allein die Schule zu Holzminden zählte Ende der 90er Jahre unter ihren Schülern gegen 1000 Preußen. Dieser Uebelstand führte auf Betreiben der 1891 tagenden ständigen Kommission für das gewerbliche Unterrichtswesen zu Erhebungen darüber, wo die Errichtung von neuen Anstalten sich empfehlen würde. Sie hatten in den nächsten Jahren die Gründung einer Anzahl neuer Schulen in allen Landesstellen zur Folge. Sämtliche neuen Anstalten wurden als Staatsanstalten errichtet, und auch die bereits vorhandenen wurden mit Ausnahme der Berliner Anstalt, die städtisch ist, nach und nach verstaatlicht. Dem Unterrichts wurde der bereits im Jahre 1890 für die damals bestehenden Anstalten eingeführte Normallehrplan zugrunde gelegt, so daß nunmehr an sämtlichen Baugewerkschulen, soweit der Hochbau in Frage kommt, der Unterricht nach den gleichen Grundzügen erteilt wird. Für den Tiefbau besteht nur eine besondere Anstalt, die zu Rendsburg. Sie wurde im Jahre 1891 auf Grund von Anregungen des Vereins der Tiefbauunternehmer in Hamburg errichtet und im Jahre 1905 verstaatlicht. Um dem zutage tretenden Bedürfnisse zu genügen, wurden vom Herbst 1899 ab an einer Reihe von Baugewerkschulen (Münster, Posen, Rattowik, Frankfurt a. D., Buztehude, Deutsch-Krone, Breslau) besondere zweiklassige Tiefbauschulen eingerichtet, für welche ein Normallehrplan nicht besteht. Um auch für solche Bauhandwerker, denen Zeit, Mittel und auch das Bedürfnis fehlten, den ganzen Lehrgang einer Baugewerkschule durchzumachen, Gelegenheit zur technischen Fortbildung zu gewähren, wurden — nachdem eine durch Erlaß vom 20. Juni 1900 veranfaltete Umfrage das Bedürfnis nachgewiesen hatte — einige Baugewerkschulen (Köln, Rattowik, Stettin) Polierklassen mit einjähriger Unterrichtsauer angegliedert.

Zurzeit bestehen in Preußen einschließlich der Rendsburger Anstalt 36 Baugewerkschulen, von denen 24 staatlich, 1 (Berlin) städtisch ist.

Die Gesamtschülerzahl betrug im Wintersemester 1907/08 5650. Der Staat gab zum Unterhalt der Schüler 2 504 781 Mk., außerdem leisteten die Stadtgemeinden noch einen Zuschuß von 348 872 Mk. Für den Besuch der Anstalten ist ein Schulgeld von 80 Mk. (in Berlin 100 Mk.) für das halbjähr festgesetzt. Reichsausländer haben im allgemeinen das Fünftel der für preussische Schüler vorgeschriebenen Sätze zu entrichten.“

# Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908.

In der soeben im Korrespondenzblatt der Generalkommission veröffentlichten Statistik über die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908 spiegelt sich die Wirkung der Krise ebenfalls wider, und zwar insofern, als auch die Kartelle eine verringerte Zahl der dort vereinigten Gewerkschaftsmitglieder aufweisen. Sonst aber bietet die Statistik ein Bild regen gewerkschaftlichen Lebens in den Kartellen. Zum erstenmal sind die den Kartellen angeschlossenen Lokalorganisationen aus der Statistik verschwunden, weil solche Organisationen nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses dem Kartell nicht mehr angehören können. Die Zahl der Kartelle betrug im Berichtsjahr 623, das sind 36 Kartelle mehr als im Jahre 1907. Auch die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Zweigvereine hat sich vermehrt, und zwar um 680. Von den 623 Kartellen beteiligten sich an der Statistik 606 = 97,27 Prozent. Diesen waren 8437 Gewerkschaften mit 1560 896 Mitgliedern angeschlossen. Der Mitgliederstand sank um beinahe 35 000 gegenüber dem Vorjahre.

Bedauerlich ist es, daß — der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse ungeachtet — einzelne Zweigvereine der Zentralverbände ihren Anschluß an die Kartelle nicht vollziehen. Mit wenigen Ausnahmen sind an dieser Nichtbeachtung von Kongreßbeschlüssen Zweigvereine aller Verbände beteiligt. 86 Kartelle vereinigen bis zu 5 Gewerkschaften in sich, 222 Kartelle 6—10, 111 Kartelle 11—15, 70 Kartelle 16—20, 71 Kartelle 21—30, 26 Kartelle 31—40, 13 Kartelle 41—50 und 7 Kartelle über 50. — Die Hauptaufgabe der Kartelle, die Betreibung der gewerkschaftlichen Organisation am Orte, wurde äußerst rege ausgeführt; 2668 allgemeine und 1474 berufliche Versammlungen wurden abgehalten, 290 mehr als im Vorjahre. Unangenehm berührt es dagegen, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen und Arbeiterinnenkommissionen zurückgegangen ist. In 30 Orten bestanden nur noch weibliche Vertrauenspersonen und in 18 Orten Arbeiterinnenkommissionen, gegenüber in 48 bzw. 25 Orten im Vorjahre. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Kartelle einer zahlenmäßigen Feststellung der Arbeitslosigkeit zu. Es muß anerkannt werden, daß 144 Arbeitslosenverbände vorgekommen wurden. Dem Gebiet des Arbeiterschutzes widmeten sich 126 Beschwerdefunktionen für Gewerbeinspektionsfragen, und 233 für den Bauarbeiterschutz. Zum Zwecke der Befestigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber bestanden 63 Kommissionen.

Ebenso erschlachten die Kartelle auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen eine erfreuliche Tätigkeit. In 235 Kartellen bestanden Bildungsausschüsse, in 234 Jugendkommissionen, 59 Kartelle unterhielten Referentenvereine. Neben dem Halten guter Vorträge und dem Abhalten von Vortragszyklen wurde durch 430 gemeinsame Bibliotheken (1907: 374) für die Fortbildung der Mitglieder gesorgt; 70 Kartelle unterhielten Lesezimmer gegenüber 56 im Jahre 1907. Eigene Versammlungsräume unterhielten 130 Kartelle. Die Zahl der Gewerkschaftshäuser ist seit dem Jahre 1907 von 33 auf 51 gestiegen. Unter Würdigung des oft am Orte bestehenden Lokalmangels wird doch sehr zur Vorsicht beim Ankauf von Grundstücken oder beim Bau solcher Häuser gewarnt, besonders auch vor langjährigen Pachtverträgen, denn so nützlich und notwendig auch die Schaffung solcher Einrichtungen erscheinen mag, so muß doch immer wieder davor gewarnt werden, an kostspielige Unternehmungen dieser Art heranzutreten, ohne daß eine genügende solide finanzielle Grundlage dafür vorhanden ist. Die auf diesem Gebiet bereits gemachten unliebsamen Erfahrungen sollten zur größten Vorsicht mahnen. Zentralherbergen bestanden in 48 Orten, Herbergen bei Gastwirten 255. — Die Einnahmen betrugen 896 291 Mk., darunter 9987 Mk. für Streiksammlungen. Unter den 883 158 Mk. Gesamtausgaben befinden sich u. a. 13 600 Mk. für Streiks, 239 403 Mk. für Bibliotheken, 20 822 Mk. für Vertreterwahlen, 84 427 Mk. für Agitation, 14 739 Mk. für Herbergen und Arbeitsnachweise. Die Einnahmen und Ausgaben für Streiks und Ausperrungen sind stark zurückgegangen, um rund 100 000 Mk., wobei beachtet werden muß, daß allein für auswärtige Streiks im Jahre 1907 rund 82 000 Mk. abgeführt wurden. Streikunterstützungen brauchen heute schon nicht mehr von den Kartellen aufgebracht werden, vielmehr werden solche von den Zentralverbänden beziehungsweise Zweigvereinen gezahlt, was im Bericht als ein erfreulicher Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaften bezeichnet wird.

## Korrespondenzen

**Bad-Dürkheim.** Am 17. Mai fand hier im Lokal von Joh. Negh eine gut besuchte Versammlung statt. Es wurden alle Mißlichkeiten und Unregelmäßigkeiten einer eingehenden Kritik unterzogen. Hauptfachlich wurden die Fragen diskutiert: Wird der Vertrag eingehalten? Wird die Bundesratsverordnung respektiert? Vom Platz P. Schmitt (Vorsitzender der Steinmetzmeister) wird berichtet, daß die Bundesratsverordnung ziemlich eingehalten wird, daß aber die Kollegen dort nicht die Energie besitzen, sich ein Vubenrecht mit Maßvertretung zu schaffen. Vom Platz Bend wird berichtet, daß die Einteilung der Werkstücke, welche Polier Henrich besorgt, sehr im argen liegt. Ja, es kommt vor, daß der eine Kollege in 14 Tagen um 10, 15, ja 20 Mk. mehr verdient als der andre. Die angeführte Einteilung läßt sich auch sehr gut benußen, um mißliebige Arbeiter aus dem Betrieb hinauszukeln.

**Breslau I.** Am 18. Mai fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Da der bisherige Kassierer auswärts arbeitet, wurde an dessen Stelle Kollege Will gewählt. Sodann wurden zwei erkrankten Kollegen je 20 Mark Unterstützung aus dem Ortsfonds bewilligt. Hierauf verliest Kollege Gerlach die Streikabrechnung und wird dieselbe auf Antrag der Revisoren genehmigt. Im Verschiedenen kam unsere verlassene Lohnbewegung zur Sprache und die Gerichte, welche darüber von zugerufenen Kollegen erwähnt werden. Die längere, sachlich geführte Debatte zeitigte folgendes Ergebnis: Die Kollegen konstataren, daß die örtliche Leitung alles getan hat, was in ihrer Möglichkeit stand, die Bewegung zum guten Ende zu führen. Nur dem Zusammentreffen besonders mißlicher Umstände, sowie dem Verhalten der Zentrale, welche erst unsere Bewegung genehmigte, dann aber schon von der zweiten Woche ab die Unterstützungen unzureichend schickte, ist es zu danken, daß wir ohne jeden Erfolg abbrechen mußten. Wir müssen beim nächsten Verbandstag wünschen, daß er sich mit der Frage befaßt, wie sich bei einer Lohnbewegung der Verband zu den zu Beginn derselben arbeitslosen Kollegen stellt. Wenn diese von der Unterstützung ausgeschlossen werden, können wir keinen Fennig Lohnzulage erringen.

(Anmerkung der Redaktion. Laut des Wochenberichts vom 9. März traten in acht Betrieben 25 Kollegen in den Streik. Die von Breslau eingesandte Auszahlungliste wies aber aus, daß für 42 Kollegen Unterstützung ausbezahlt wurde. Die vor dem Streik arbeitslos gewesenen Kollegen wurden einfach ohne weiteres auf die Streikliste gesetzt. Und für diese wurde die Unterstützung inhibiert. Fest steht also, daß in Breslau ein großer Teil der Kollegen arbeitslos war, der Streik wurde aber trotzdem beschloffen. Daß unsere Chancen deshalb ungünstig sein mußten, ist ohne weiteres klar. Wenn die Breslauer einen Mißerfolg in Kauf nehmen mußten, so ist das ihre Schuld selbst.)

**Essen.** Eine öffentliche Steinarbeiterversammlung tagte am 22. Mai bei Becker. Als Referent war Kollege Herrmann-Kölln erschienen. Er schilderte in kernigen Worten die Entstehung der Industrien und ihre Produktion und kam dann auf die Ueberproduktion zu sprechen. Weiter schilderte er dann,

wie die Krise entstanden ist und ging darauf ein, daß gerade in unserm Berufe hier in Rheinland und Westfalen die Schärfmacherei der Unternehmer im schlimmsten Stile getrieben wird. Er hob hervor, daß die Kollegen Mann für Mann sich an der Agitation beteiligen und dem Vorstand die Arbeiten nicht allein überlassen sollen. In der Diskussion ergriff Kollege Spinnrath das Wort, er bedauerte, daß bei einem so lehrreichen Vortrag die Kollegen es nicht für nötig halten, die Versammlung zu besuchen.

**Hemsbach.** Am 16. Mai wurde in den Ortschaften Ober-Hodensbach, Steinlingen, Bärtsbach und Wünschmichelbach eine Hausagitation von seiten unsrer Vorsitzenden unternommen. Nachmittags 3 Uhr fand dann in Wünschmichelbach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Besuch war ein guter. Auch von Hemsbach und Sulzbach nahmen 10 italienische Kollegen daran teil. Die deutschen Kollegen von hier fanden es nicht der Mühe wert, sich daran zu beteiligen, trotzdem sie frühzeitig dazu eingeladen wurden. Kollege Weidenhammer referierte über das Thema: Die gewerkschaftliche Organisation der Steinarbeiter eine wirtschaftliche Notwendigkeit. In erster Linie schilderte er die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Berufe. Auch auf die Gefährlichkeit in unserm Berufe machte er die Anwesenden aufmerksam. Redner streifte auch die politischen Wahlen in Italien und die dort abgeschlossenen Tarifverträge. Ferner erläuterte er das Statut des Steinarbeiterverbandes. Nach ungefähr einstündigem Referat endete er unter starkem Beifall der Anwesenden. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Molban und Pfaff-Sulzbach. Fünf Kollegen traten sofort dem Verbande bei, weitere drei erklärten ihren Beitritt am Vortage. Es hätten noch weitere Aufnahmen gemacht werden können, wenn nicht der Unternehmer Tisson, die Lohnzahlung wieder vergessen hätte. Im Schlußworte geißelte Weidenhammer scharf das Verhalten Tissons. Ein jeder zureisende Kollege sei also vor diesem Betriebe zu warnen und die noch dort Beschäftigten mögen sich anderswo nach Arbeit umsehen; denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Zum Schluß forderte er die Neueingetretenen noch auf, treu dem Verbande beizustehen. Darauf schloß er die fruchtbringende Versammlung.

**Kirchheim.** Am 20. Mai fand in Heidingfeld eine äußerst gut besuchte Bezirksversammlung der Muschelfalksteinarbeiter statt. Dazu waren sämtliche Steinmetzen, Brecher, Poffierer und Hissarbeiter der Orte Mandersacker, Heidingfeld, Kottenbauer, Würzburg, Kirchheim, Kleinriedersfeld und Grünsfeld eingeladen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Muschelfalkgebiet und der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung, schildert Kollege Kohse in sachlicher Weise die Lohnverhältnisse von der Zukunft bis zur Gegenwart. Das Bestreben der organisierten Arbeiterkassen geht dahin, regelrechte Lohnverhältnisse herbeizuführen, und zwar in der Form von Tarifverträgen. Auch hier im Muschelfalkgebiet macht sich die Einführung eines Tarifs nötig, um ein richtiges Lohnsystem zu erlangen. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen: „Die in der heutigen gut besuchten Bezirksversammlung anwesenden organisierten Steinarbeiter erklären, daß sie mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Befestigung der jetzt üblichen willkürlichen Entlohnungsmethode hinarbeiten werden.“ Von dem Inhalt des an die Arbeitgeber abgedandten Rundschreibens nehmen die anwesenden Steinarbeiter Kenntnis. Zum 2. Punkt: Verschmelzung der Zahlstellen, führt Kohse aus, daß im Muschelfalkgebiet auf jede Zahlstelle im Prozentsatz nur 20 Mitglieder treffen. Zudem liegen manche Zahlstellen so nahe beisammen, daß eine Verschmelzung höchst angebracht ist. Die Diskussion darüber ergibt, daß diese Frage in nächster Zeit gelöst wird.

**Löbau.** Am Donnerstag, 20. Mai, fand in Taubenheim in Ripperts Gasthof eine sehr schlecht besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in der Genosse Süß-Pirna über das Thema: Die wirtschaftliche Krise und Nutzen und Wert der Organisation sprach. Redner bewies den Anwesenden durch Beispiele, daß die Unternehmer gerade die Krise benutzen, um die mißliebigen Kollegen auf die Straße zu werfen und die Löhne zu drücken. Daraus müßten nun selbst die Indifferentesten heraussehen, daß dem Machtdünkel ein energisches Halt geboten werden muß, und dies kann nur geschehen, wenn auch der letzte Mann dem Zentralverband der Steinarbeiter angehört. Schließlich wurde auch noch des Nachkollegen Robert Kriegel gedacht, und von sämtlichen Rednern wurde scharf verurteilt, weil der Bestreffe eine Werkstück für 48 Mark im Tagelohn machte, wegen dem schon zwei Mann den Platz Schmidt in Oppach verlassen mußten. Das Stück macht nach Löbauer Tarif annähernd 90 Mk.

**Metten.** Zu welcher Bedeutungslosigkeit die Christlichen hier herabgesunken sind, hat ein hiesiger Steinmetzmeister trefflich gekennzeichnet. Bei dem Unternehmer S. haben die Christlichen in ihrer Mehrzahl ihr Domizil aufgeschlagen. Hauptaufgabe ist es nun dort, über die Führer der freien Organisation in echt christlicher Weise loszubonnern. Dabei sind sie natürlich in ihrer Bescheidenheit äußerst bedacht auf die Vorteile des von den verhassten „Koten“ erzwungenen Bezirkstarifs. Vorige Woche kam es nun dort zu Meinungsverchiedenheiten bezüglich Auslegung des Tarifs. Der Unternehmer erkundigte sich hierauf bei unsrer Tarifkommission. Diese legte in ruhiger und sachlicher Weise die strittige Tarifposition klar. Gut, meinte der Unternehmer, wenn sich die Sache so verhält, dann zahle ich es auch, aber mit den Christlichen will ich nichts zu tun haben, die können machen, was sie wollen. Ich habe mit Euch (mit dem Zentralverband) unterhandelt und abgeschlossen. Diese Aktion dürfte nun den Christlichen am deutlichsten beweisen, daß ihr Platz nicht im christlichen „Keramarbeiterverband“ wäre, sondern beim Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Ein Unterkaffordant im nahen Ederstetten empfindet den Bezirksstarif als drückende Last. Er äußerte, daß die größeren Meister den Subunternehmern recht niedrige Preise diktieren. Wir glauben das ohne weiteres. Die Arbeiter aber, die heute noch recht knapp entlohnt werden, haben sich durch den Verband ihre Position immerhin etwas verbessern können. Es ist natürlich Sache der Kleinmeister, durch ihre eigene Kraft sich eine bessere Lebenslage zu erkämpfen.

**Münster i. W.** Hier tagte am 11. Mai eine von uns einberufene öffentliche Versammlung. Obwohl auf allen Plätzen gut agitiert war, waren neben den organisierten Kollegen nur vier Indifferenten erschienen. Gauleiter Herrmann referierte. Sein Vortrag: Wie können die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen verbessert werden? fand bei allen Kollegen großen Anklang. Zur Diskussion über den Vortrag meldete sich niemand, das war ein Zeichen, daß das Referat vom Gauleiter gut ausgearbeitet war. Unter Verschiedenes entspann sich eine lebhafteste Debatte über die letzten Begebenheiten im Zementwerk zu Hilstrup. Da der Werkmeister D e n n e r t selber erschienen war, so hielt die bei ihm beschäftigten Kollegen mit der Ansprache zurück. Aber es kam trotzdem eine ausgiebige Debatte zustande. Die vier Indifferenten hielten es nicht für nötig, sich der Organisation anzuschließen, sondern machten sich aus dem Staube, als die Versammlung bald zu Ende ging. Zum Schluß sprach der Gauleiter noch einige anfeuernde Worte mit dem Bemerkung, gut zusammenzuhalten.

**Offenburg.** Am 16. Mai fand im Lokale Anker unsre Versammlung statt, welche nur mäßig besucht war. Leider ist es seit geraumer Zeit nicht mehr vorgekommen, daß eine vollbesuchte Versammlung zu konstatieren war. In der Zahlstelle sind 22 Mann angemeldet, davon waren 12 in der Versammlung anwesend. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Wegen den Kartellbeiträgen wurde ein Abänderungsvorschlag gemacht, es bleibt aber bei dem seitherigen Modus. Der Beitrag an das Kartell beträgt 10 Pfg. pro Mann und Monat. Die Gengenbacher Kollegen sind von diesem Beitrage befreit, weil sie an das dortige Kartell ihre Beiträge bezahlen. Um die allgemeinen Beiträge besser einzubekommen und die Fühlung mit den

Kollegen fester zu gestalten, macht Vorkassierer den Vorschlag, der Kassierer solle die Kollegen, die in der Versammlung ihren Beitrag nicht bezahlen, im Hause besuchen und die Beiträge dort einziehen. Für diese Mühe ist dem Kassierer eine Vergütung aus der Lokalkasse zu gewähren. Kollege Brückle wollte sein Amt als Vorsitzender niederlegen, weil ihn Kollege Gebus A. beleidigt und beschimpft habe ohne Veranlassung. Es wurde jedoch dem Vorsitzenden bedeutet, daß dies kein Grund sei zum Amtsniederlegen; die Angelegenheit werde schon wieder geregelt werden. Wir müssen es uns allerdings streng verbitten, daß Leute aus unsrer Mitte den Vorsitzenden maßlos beschimpfen. So kann es einfach nicht weitergehen. Brückle tat gut, daß er sich bestimmen ließ, sein Amt weiter zu behalten, aber hoffentlich wird manchem Störenfried durch diese Zeilen der Mund gestopft.

**Mandersacker.** Am 16. Mai fand unsre Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Fünf Mann wurden in unserm Verband neu aufgenommen. Zum 2. Punkt gab der Delegierte Holl einen ausführlichen Bericht über die letzte Kartellversammlung. Es wurde dann auf den 13. Juni ein allgemeines Arbeiterfest beschloffen. Auch wurde für jeden Betrieb ein Platzkassierer gewählt, um die Arbeit des Zahlstellenkassierers zu erleichtern. Unsrer Zahlstelle ist jetzt 83 Mann stark. Sie hat seit Wochen erfreuliche Fortschritte gemacht. Und wir werden auch nicht eher ruhen, bis wir den letzten Mann unsrer Organisation zugeführt haben.

**Reinheim.** Am 23. Mai fand im Schützenhof eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Anwesenden beschäftigten sich u. a. hauptsächlich mit den schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf Platz Frohmann. Wie hier die Kollegen ausgenützt werden, ist unerhört. Es wird wenige Orte geben, wo der Verdienst so niedrig ist wie auf oben genanntem Platz. Löhne von 30 Mk. in 14 Tagen sind sehr häufig. Trotzdem haben wir einen Tarif, der uns gegenwärtig nicht viel nützt. Es werden zurzeit meistens Arbeiten moderner Stils gemacht. Diese Arbeiten sind im Tarif nicht vorgesehen. Bei jenen Stücken ist die Entlohnung meistens eine willkürliche. Es ist ja vereinbart, daß bei außergewöhnlichen Arbeiten Lohnzeitel herausgegeben werden. Aber diese können nicht oft genug verlangt werden, sonst sieht man erst am Vortage, wie man abgeseift wird. Es bedarf allen Ernstes durch die Kollegen, mit jenem System zu brechen. Die genannte Firma hat ein gutes Rezept. Der nämlich sein Recht verlangt, der fliegt aufs Pflaster. Voriges Jahr mußten zwei Vorsitzende über die Klinge springen, auch in diesem Frühjahr wurde dieselbe Methode beliebt, doch die verhängte Sperre zog. Die Sperre wurde gut durchgeführt zum größten Verger des flegelwöhnten Herrn. Allen reisenden Kollegen zur Ehre, daß nicht ein einziger ausgesprochen hat, und auch jetzt noch nicht, nach Aufhebung der Sperre. Reinheim ist wohl schon genügend bekannt bei den Granitsteinmetzen. Das Ueberstundenwesen ist ebenfalls sehr im Schwunge. Wir aber haben alle Ursache, die Arbeitszeit zu beschränken. Der Würzengel Schwindmuth kommt noch früh genug zu uns. Die meisten Kollegen waren krank dieses Frühjahr, es sind zum Teil noch einige krank. Das soll doch zu denken geben, wenn Kollegen in den besten Jahren schon so frühzeitig kränkeln. Sämtliche Kollegen bekundeten, allen Ernstes daran zu gehen, unsre Reihen zu stärken, damit auch in Reinheim wieder menschenwürdige Zustände eintreten.

**Rimbach. Gewerbegerichtsentcheidung.** Die beiden Kollegen Himpf und Schühbauer wurden vom Frankfurter Gewerbegericht mit ihrer Klage abgewiesen und auch noch zur Tragung der Kosten verurteilt. Das Gewerbegericht erkennt den zwischen Pfannstiel und Fieberling (letzterer ist Unterkaffordant) abgeschlossenen Vertrag als nicht wider die guten Sitten verstößend an. Somit ist also nicht Pfannstiel, sondern Fieberling haftbarer Unternehmer, da F. ja auch die Versicherungspflicht für die Arbeiter mit übernommen hatte. Nun stehen die beiden Kollegen da und sind einfach um ihren Arbeitslohn gekürzt, denn die Unterkauffordanten Fieberling zu verklagen ist schwierig, weil demselben nichts zu nehmen ist. Fieberling war früher auch Verbandsmitglied, auf einmal, vor zirka zwei Jahren, kam ihm der Gedanke, er müße unbedingt Meister werden. Er übernahm damals einen Pflastersteinbruch von der Firma Leonhardt, Rühl u. Co. in Unterkaffort. Nun trat er mit Pfannstiel in Verbindung und das praktische Resultat war ja, daß die Leute ihren Lohn nicht erhalten.

**Seebergen.** Im Streik ist eine Aenderung eingetreten. Die Unternehmer Walther und Hartmann sandten am 16. Mai ein Schreiben an den Vorsitzenden, in dem sie erklärten, die Steinmetzen sollten sich dazu äußern, ob sie die Arbeiten zum Kapernbau fertigstellen wollen. Um den Unternehmern nicht die Gelegenheit zu geben, die Arbeiten außerhalb herzustellen zu lassen, wurde beschloffen, eine Unterhandlung mit den Meistern herbeizuführen. Am 26. Mai findet ein Termin vor dem Gothaischen Amtsgericht statt, wo über die reduzierten Löhne auf dem Seeberg verhandelt wird. Da nun die Unternehmer auch andre Arbeit haben und auf dem Seeberg ausführen lassen, so ist es Pflicht jedes Kollegen, nicht eher in Seebergen in Arbeit zu treten, bis der Tarif auch da anerkannt ist.

**Sonderbach.** Schon öfters mußten wir uns mit den hier bestehenden Mißständen im „Steinarbeiter“ beschäftigen. In erster Linie läßt die Einhaltung des Tarifs viel zu wünschen übrig. Von seiten der Unternehmer sind schon öfters Tarifrüchre begangen worden. Die Schuld daran tragen zum größten Teil die Kollegen selbst. Es müßte mehr Einigkeit herrschen und die übermäßige Wucherei müßte endlich einmal ein Ende nehmen. Nur dadurch ist es den Unternehmern leicht möglich, ihr Schächeln zu scharren. Es ist geradezu traurig, wenn man die Werkstätten und Brüche betrachtet, wo die Kollegen arbeiten müssen. Schütthausen, Mauersteine sind keine Seltenheit. Auf Reinigung der Werkstätten und Frühstücksbuden müßte in erster Linie gedrungen werden. Also, Kollegen, tretet die wenigen Schutzbestimmungen nicht mit Füßen. Herr Breuer scheint besonders Gewicht auf das Auf- und Abbänken der Werkstücke zu legen. So verlangte er von einem Kollegen zu einer Zeit, da das Rollgeleis nicht fahrbar war, sein Werkstück auf einen von ihm bestimmten Platz zu bringen. Dies würde einen gewissen Zeitverlust für den in Betracht kommenden hervorgehen haben. Er weigerte sich gegen dieses Ansinnen und reichte wegen den dadurch entstandenen Differenzen seine Kündigung ein. Bei seinem Austritt erklärte Herr Breuer, daß der Arbeiter Gehorsam zu leisten habe. Wenn Herr Breuer Reserve- oder Gardeleutnant gewesen wäre, so könnte man glauben, er hätte diese Idee von dort mitgebracht. Ferner werden in den meisten hier befindlichen Betrieben viele Ueberstunden geleistet. Kollegen, wißt ihr nicht, daß nur zwei Ueberstunden pro Woche Gesetz ist? Wir sind der Ansicht, daß die Herren Unternehmer sich für die nächste Tarifunterhandlung wieder eine Vorlage ausarbeiten und deshalb hauptsächlich dieses Mittel ergreifen. Es stehen ihnen noch genug Steinarbeiter zur Verfügung, also fort mit diesen Ueberstunden.

**Stuttgart.** Die letzte stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den örtlichen Verhältnissen. War der Geschäftsgang für Steinbauer voriges Jahr ein sehr flauer, so ist er jetzt noch niedriger gesunken. Die Hoffnungen, durch den Bahnhofumbau würden sich die Arbeitsverhältnisse unter den Steinbauern wieder heben, sind zu Wasser geworden. Eisenbeton, Backstein und Verputz sind eben modern, verdrängen somit den Naturstein und rauben uns die Arbeit. Nur noch zur Ueberarbeitung, um dem Kunststein ein natürliches Kleid anzupuhlen, wird der Steinbauer verwendet. Wird eine Arbeit nur gestocht, so werden zum größten Teil überhaupt bloß Tagelöhner hingestellt. Die einzige Arbeitsgelegenheit, welche für zirka 10 Kollegen auf einige Wochen vorhanden war, war der Neubau für unser Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“.